BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

Die Bereitschaft von Eigentümern, in Energieeinsparung zu investieren, ist groß. Im Schnitt wenden Hausbesitzer fast 39.000 Euro für die Modernisierung auf; drei Viertel davon für die Energieeinsparung. Nicht nur, um Energiekosten zu sparen, sondern auch, um den Wert ihrer Immobilie zu sichern. Für sich selbst. Für ihre Nachkommen.

Solche Maßnahmen müssen solide finanziert werden: mit Eigenkapital und zinsgünstigen Darlehen. Die privaten Bausparkassen spielen dabei eine wichtige Rolle. Allein 2010 haben sie fast 22 Milliarden Euro an Baugeldern ausgezahlt.

Inhalt

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung des Wohnungsneubaus 10

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 20

Ausblick 22

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen **26**

Neugeschäft 26

Entwicklung des Vertragsbestandes 29

Geldeingang 31

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 32

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 34

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland **35**

Wohnungspolitische Diskussion **38**

Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland **42**

Der Sparklima-Index 49

Eigenkapitalvorschriften **52**

Papiere des Basler Ausschusses 52

EU-Richtlinien über eine angemessene Eigenkapitalausstattung 53

Nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften der EU 54

Risikomanagement **56**
Anforderungen an Vergütungssysteme 56
Mindestanforderungen an das Risikomanagement 57
Erfassung des Zinsänderungsrisikos 57
Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens 58

Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe **59**

Eigenheimrentengesetz **61**
Änderung der Vorschriften 61
Umsetzung des Eigenheimrentengesetzes 64

Neuregelung bei der Wohnungsbauprämie **66**
Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) **66**
Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen **68**
AGB-rechtliche Zulässigkeit der Abschlussgebühr **69**
Reform der Einlagensicherung **70**
Regulierung des Hypothekarkredits auf EU-Ebene **71**
Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen **72**

Anhang
Verzeichnis der Tabellen 78
Verzeichnis der privaten Bausparkassen 98
Der Verband der Privaten Bausparkassen 99

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 mit einer Rate von 3,6 Prozent so stark gewachsen wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Zwar ging dem starken Aufschwung ein ebenso historischer Einbruch im Jahr 2009 voraus. Doch das (auch im internationalen Vergleich) kräftige Plus spiegelte mehr wider als einen reinen Basiseffekt. Wesentlicher Treiber der Entwicklung war neben dem Außenhandel auch die robuste Binnennachfrage.

Vor allem die Bruttoanlageinvestitionen zogen kräftig an (+6,0 Prozent). Dabei wuchsen die Ausrüstungsinvestitionen mit 10,9 Prozent deutlich stärker als die Bauinvestitionen, die im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Prozent anstiegen. Die privaten Konsumausgaben legten mit 0,4 Prozent zwar nur leicht zu; angesichts der im Jahr 2010 virulenten Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt kann der Zuwachs aber positiv interpretiert werden. Die öffentlichen Konsumausgaben wuchsen, bedingt durch die Konjunkturprogramme der Bundesregierung, nochmals an (+2,3 Prozent). Auch der Außenbeitrag trug positiv zum Wachstum bei, da die Exporte (+14,1 Prozent) stärker stiegen als die Importe (+12,6 Prozent). Aufgrund des kräftigen Wachstums im Jahr 2010 und der

positiven Wachstumsrate im Schlussquartal (+0,4 Prozent gegenüber Vorquartal) beträgt der statistische Überhang für das Jahr 2011 bereits 2,4 Prozent. Insofern sind die Aussichten für die Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 sehr gut.

Lage und Ausblick für die Beschäftigung in Deutschland sind nach wie vor positiv. Während der Krise war die Zahl der Erwerbslosen nur leicht gestiegen, im Aufschwung sinkt sie nun umso mehr. Im Durchschnitt des Jahres 2010 waren 40,5 Millionen Menschen erwerbstätig, 212.000 mehr als im Vorjahr (+0,5 Prozent). Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigem erhöhte sich um 2,1 Prozent. Der Aufschwung ist mithin längst am Arbeitsmarkt angekommen.

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und die höhere Anzahl geleisteter Stunden führte dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2010 um 2,8 Prozent stiegen. Der leichte Rückgang im Vorjahr (-0,3 Prozent) wurde damit mehr als kompensiert. Durch Steuerentlastungen erhöhten sich die Nettolöhne und -gehälter um 4,1 Prozent auf 665,6 Milliarden Euro.

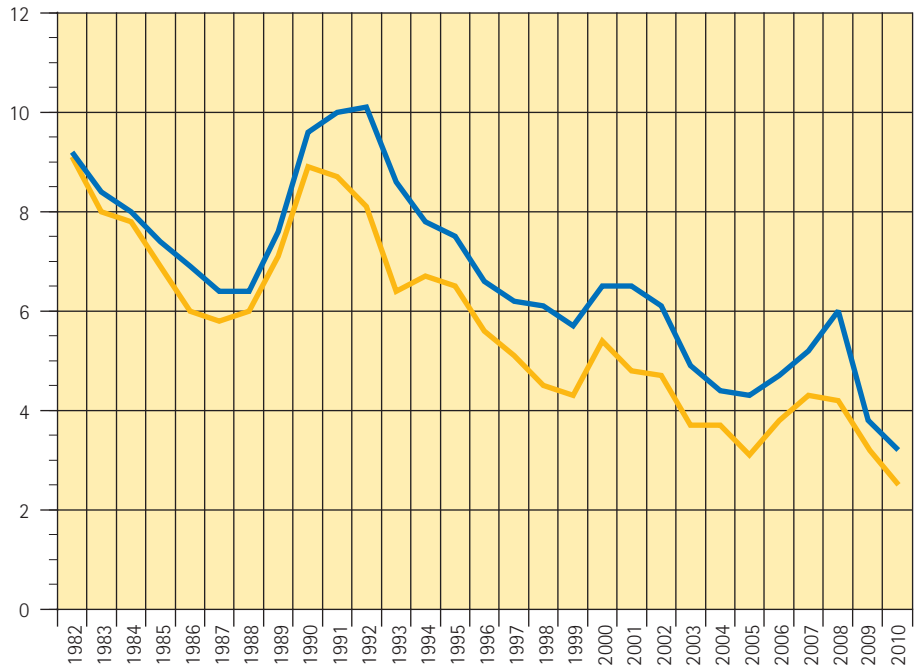
Das verfügbare Einkommen erhöhte sich infolge dieser Entwicklungen um 2,7 Prozent. Die Sparquote erhöhte sich leicht auf 11,4 Prozent, die Ersparnisse an sich erhöhten sich um 5,4 Prozent auf 186,2 Milliarden Euro.

Der Baupreisindex für Wohngebäude lag im Jahresdurchschnitt 2010 bei 1,0 Prozent. Die Preise entwickelten sich, ähnlich wie im Vorjahr, nur moderat nach oben. Vergleichsweise niedrige Teuerungsraten ließen sich auch bei den übrigen Bauarten beobachten. Bemerkenswert war allerdings der Anstieg der Baupreise für Instandhaltung von 1,5 Prozent. Unter den Bauarten wiesen diese die höchste Teuerung auf.

Die Preise für Bauland sind im Jahr 2010 deutlich gestiegen. Die Preise für Bauland je Quadratmeter stiegen im vergangenen Jahr um 4,3 Prozent gegenüber 2009. Ursache war vor allem ein deutlicher Preisschub im Schlussquartal 2010 gegenüber einem schwachen Vorjahresquartal.

Das Zinsniveau für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke lag im Jahresdurchschnitt 2010 bei 3,2 Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres. Es erreichte damit ein historisch niedriges Niveau. Zum Jahresende zogen die Raten allerdings wieder an. Die Zinsen folgen mit leichter Verzögerung der Entwicklung auf den Geldmärkten. In der Perspektive dürften sich die Zinsen weiter erhöhen, aber immer noch vergleichsweise niedrig bleiben.

Zinsentwicklung in Deutschland von 1982 bis 2010 in Prozent



Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere

Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(Gleitzinsen ab 2003 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr)

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist im Jahr 2010 deutlich gestiegen. Mit 187.667 Genehmigungen wurden über 10.000 Wohnungen mehr genehmigt als im Jahr zuvor. Dies entspricht einem Plus von 5,5 Prozent. Die Dynamik hat nach dem Wachstumsjahr 2009 (+1,9 Prozent) nochmals zugenommen. In absoluten Zahlen kann der Wohnungsbau insgesamt aber nicht an frühere Zeiten anknüpfen: Seit 1977 wurden nur in den Jahren 2008 und 2009 noch weniger Genehmigungen erteilt. Das Niveau ist weiterhin viel zu niedrig.

Im vergangenen Jahr wurden rund 165.000 Wohnungen in Wohngebäuden genehmigt; dies entspricht einem Zuwachs von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders stark wuchs die Nachfrage nach Eigentumswohnungen (+11,9 Prozent), während für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern 5,0 Prozent bzw. 5,6 Prozent mehr Genehmigungen erteilt wurden als 2009. Nach einem kräftigen Zuwachs im Vorjahr legten die Genehmigungszahlen für Mehrfamilienhäuser ohne Eigentumswohnungen nochmals zu (+5,2 Prozent auf 32.000).

Abermals stiegen die Wohnungsbaugenehmigungen in den alten Bundesländern (+7,9 Prozent auf rund 160.000 Wohnungen), während die Zahl der in den neuen Bundesländern erteilten Baugenehmigungen um 6,9 Prozent erneut schrumpfte (um knapp 2.000 Wohnungen auf 27.000). In den alten

Ländern wurden für Wohnungen in Wohngebäuden 8,6 Prozent mehr Genehmigungen erteilt als 2009, was einer Steigerung von rund 11.000 auf 143.000 Wohnungen entspricht. In den neuen Ländern sank die Ziffer um 800 auf etwa 22.000 Wohnungen (-3,6 Prozent).

Im Westen der Republik wurden vor allem Eigentumswohnungen (+14,4 Prozent auf 32.000 Einheiten) stärker nachgefragt. Auch neue Zweifamilienhäuser waren stärker gefragt (+7,2 Prozent) als im Vorjahr; insgesamt wurden für diesen Wohnungstyp 15.000 Genehmigungen erteilt. Bei den Einfamilienhäusern waren es bei 66.000 erteilten Baugenehmigungen 6,0 Prozent mehr als 2009. Für den Bau von Mehrfamilienhäusern ohne Eigentumswohnungen wurden 8,0 Prozent mehr Genehmigungen erteilt als im Vorjahr, bei Wohnungen durch Ausbau lag die Steigerung bei 3,5 Prozent.

In den neuen Ländern waren 10,4 Prozent weniger Baugenehmigungen für Eigentumswohnungen zu verzeichnen. Zum siebten Mal in Folge – und damit auf den niedrigsten Wert – ging auch die Genehmigungszahl für Zweifamilienhäuser zurück (-7,0 Prozent auf 1.520). Dagegen stieg die Zahl der Genehmigungen zum Bau von Einfamilienhäusern sogar leicht an (+0,5 Prozent auf 13.000). Ein deutlicher Rückgang war bei den Genehmigungszahlen für Mehrfamilienhäuser (ohne Eigentumswohnungen) festzustellen (-8,6 Prozent). Insbesondere bei Ausbaumaßnahmen wurde ein erhebliches Minus registriert. Hier sackte die Zahl der Genehmigungen von rund 6.000 um 19,9 Prozent ab.

Erneuerbare Energien werden immer wichtiger für den Klimaschutz. Dazu zählen auch die Solaranlagen. Sie wandeln Sonnenkraft in Energie um.

Wer eigenen Solarstrom produziert und ins öffentliche Netz einspeist, erhält die Photovoltaik-Förderung als finanzielle Unterstützung vom Staat. Die Vergütung wird 20 Jahre lang garantiert. Mit den Bausparkassen können auch solche Investitionen günstig finanziert werden.

e-line

Fertigstellungen

Im Jahr 2010 wurden knapp 160.000 Wohnungen fertiggestellt und damit nur rund 1.000 bzw. 0,5 Prozent mehr als im Jahr davor. Im Jahr 2009 war bei den fertiggestellten Wohnungen der tiefste Stand im vereinten Deutschland verzeichnet worden.

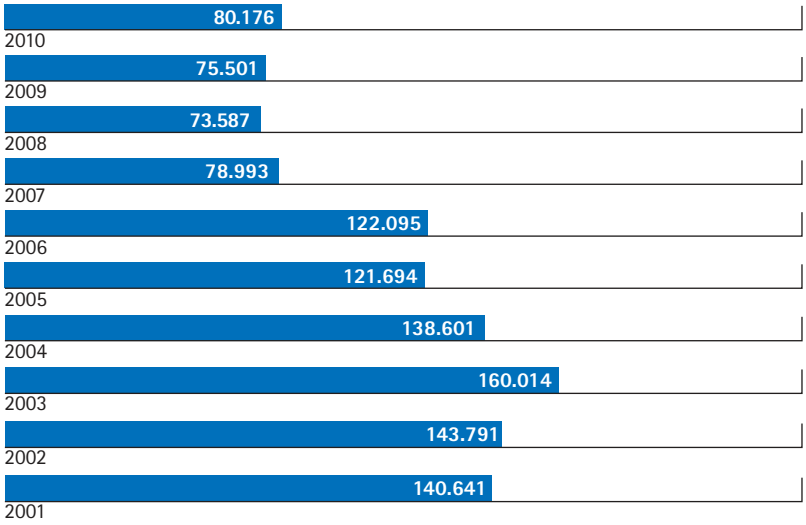
Unter den 160.000 gebauten Wohnungen befanden sich 140.000 in Wohngebäuden, 2,6 Prozent mehr als im Jahr 2009. Am deutlichsten war der Zuwachs bei den Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) mit 2,8 Prozent auf 25.700 Einheiten, während die Fertigstellungen bei Zweifamilienhäusern prozentual am stärksten sank (-2,8 Prozent auf 14.400). Die Zahl der fertiggestellten Einfamilienhäuser erhöhte sich um 2,7 Prozent auf 71.000 Einheiten, die der Eigentumswohnungen um 3,2 Prozent auf 27.400.

Im früheren Bundesgebiet wurden 2010 rund 137.000 neue Wohnungen erstellt und damit 1,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Den prozentual stärksten Zuwachs verzeichnete die Fertigstellung von Einfamilienhäusern. Hier entstanden 3,2 Prozent mehr Einheiten als im Vorjahr und damit insgesamt 59.300 Wohnungen. Dagegen wurden im vergangenen Jahr 13.000 Zweifamilienhäuser gebaut, 1,3 Prozent weniger als 2009. Die Zahl der fertiggestellten Mehrfamilienhäuser (ohne Eigentumswohnungen) erhöhte sich um 3,6 Prozent auf 21.900. Mit 25.000 fertiggestellten Eigentumswohnungen lag der

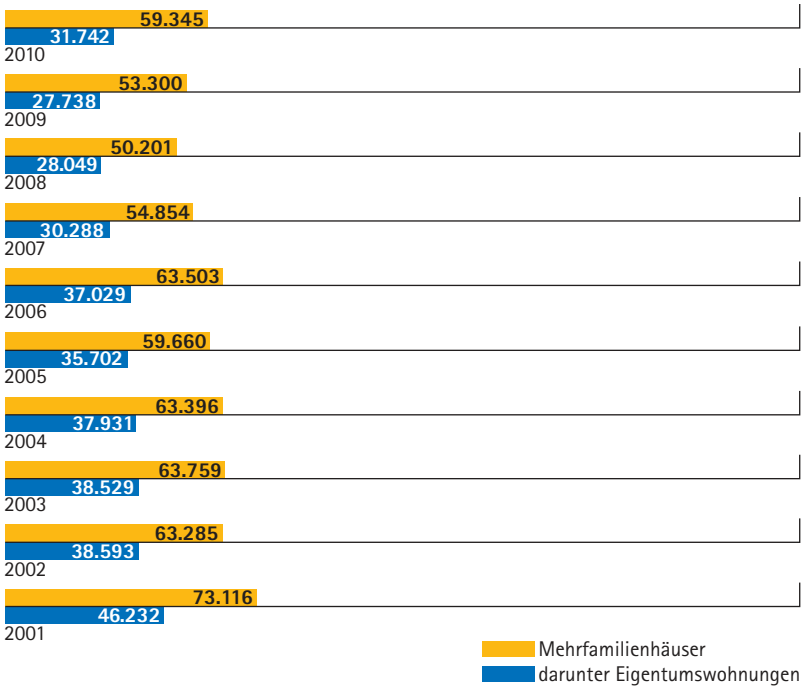
Wert nur knapp über dem Vorjahresergebnis (+1,1 Prozent). Dagegen hat sich die Zahl der durch Ausbaumaßnahmen neu geschaffenen Wohnungen im Westen reduziert und zwar um 4,1 Prozent auf 13.100.

Im Gegensatz zum alten Bundesgebiet nahmen die Fertigstellungen in den neuen Ländern um 4,5 Prozent auf 23.100 Einheiten ab. Verantwortlich dafür waren unter anderem die Zweifamilienhäuser, die um 14,8 Prozent auf 1.400 schrumpften. Der Neubau von Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) nahm ebenfalls um 1,8 Prozent auf 3.700 Einheiten ab. Auch minimierte sich die Zahl der durch Ausbaumaßnahmen geschaffenen Wohnungen um 23,4 Prozent auf 3.900 Einheiten. Beim Bau von Einfamilienhäusern ist dagegen kaum eine Veränderung zu bemerken. 11.700 erstellte Einfamilienhäuser bedeuten immerhin einen leichten Anstieg um 0,4 Prozent. Nach einem schwachen Jahr 2009 erfuhr der Bau von Eigentumswohnungen 2010 allerdings ein kräftiges Plus von 37,0 Prozent auf 2.200 Einheiten.

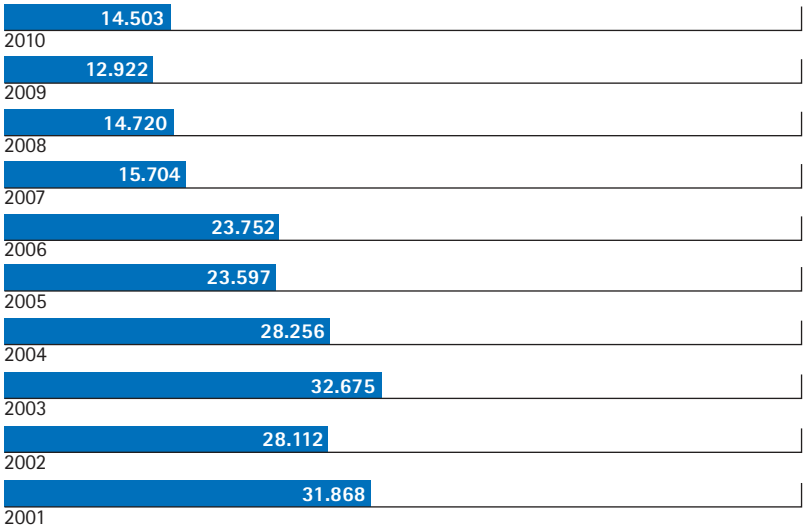
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2001 bis 2010



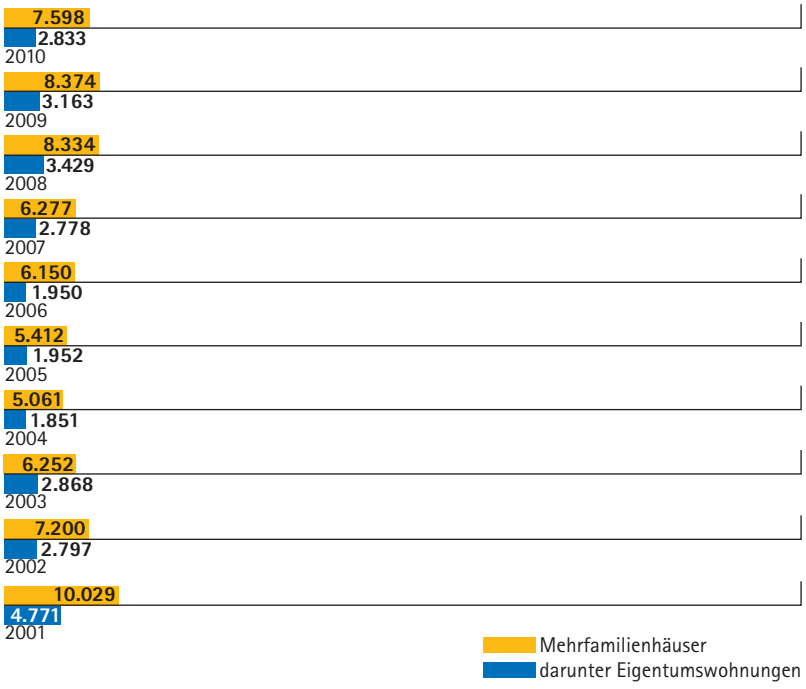
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2001 bis 2010



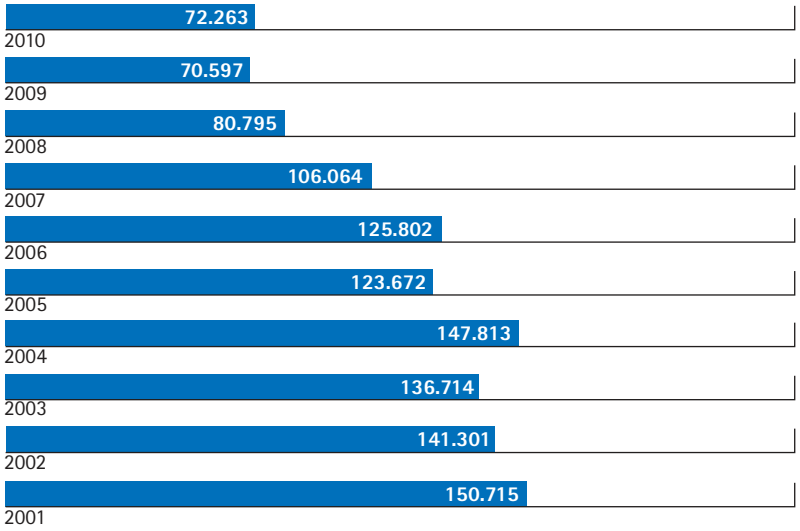
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2001 bis 2010



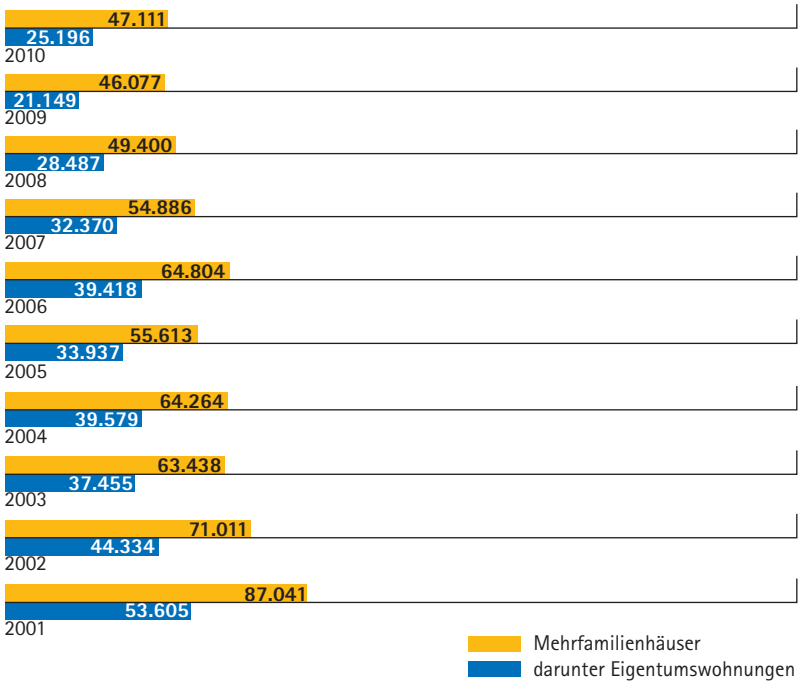
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2001 bis 2010



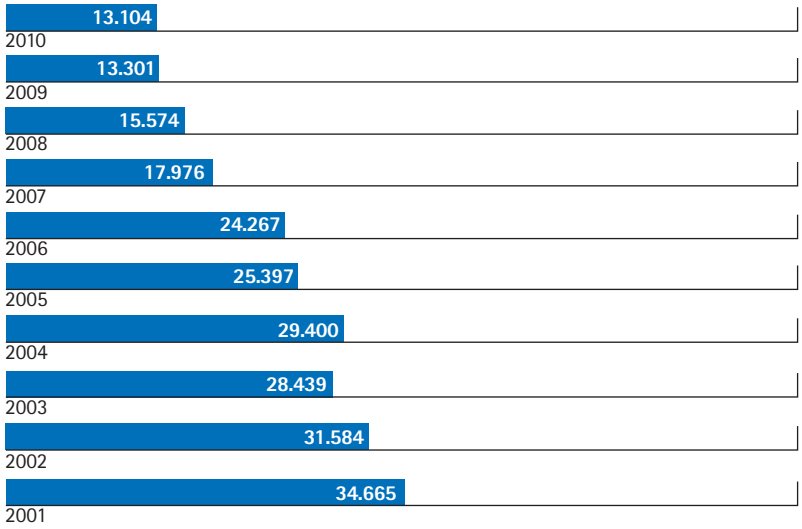
Fertiggestellte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2001 bis 2010



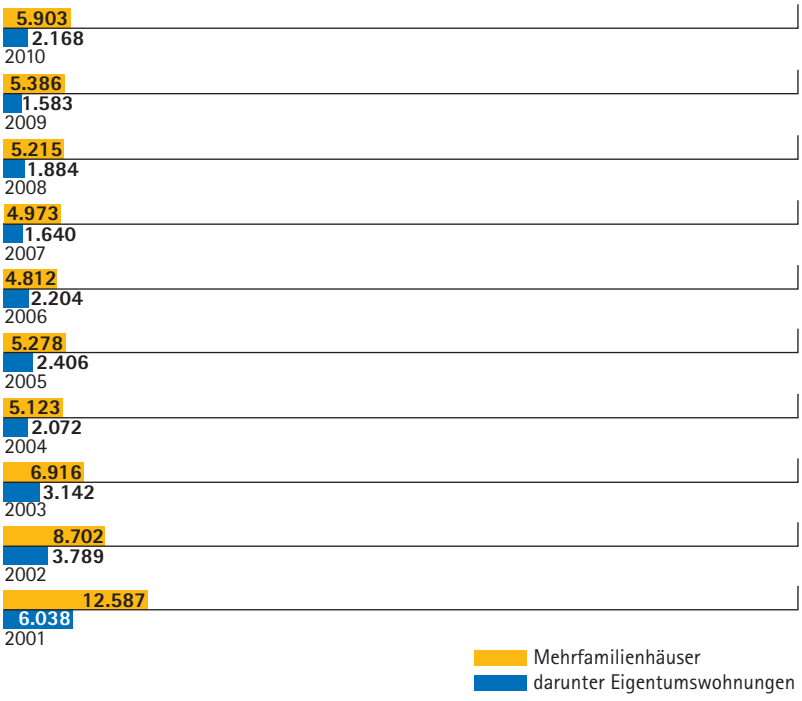
Fertiggestellte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2001 bis 2010



Fertiggestellte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2001 bis 2010



Fertiggestellte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2001 bis 2010



GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Die deutschen Bausparkassen schlossen 2010 3,1 Mio. Bausparverträge über eine Bausparsumme von 93,4 Mrd. Euro neu ab. Die Bausparer übertrafen damit um 2,7 Prozent nach der Anzahl und um 5,5 Prozent nach der Bausparsumme das Ergebnis des Vorjahres.

Die Bausparer in Westdeutschland zeichneten 2,6 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 80,0 Mrd. Euro. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin gab es gut 500.000 Verträge über eine Bausparsumme von 12,1 Mrd. Euro. Nach der Bausparsumme belief sich der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Neuabschlüssen auf 62,9 Prozent.

Die Bausparsumme des Gesamtbestandes an Bausparverträgen mit den deutschen Bausparkassen erhöhte sich 2010 um 2,2 Prozent auf 780,6 Mrd. Euro. Zwei Drittel des Vertragsbestandes wurden weiterhin von privaten Bausparkassen verwaltet. Die Anzahl der bestehenden Verträge nahm um 0,4 Prozent auf 30,0 Mio. ab.

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Der Gesamtgeldeingang bei den deutschen Bausparkassen stieg um 7,4 Prozent auf 39,9 Mrd. Euro. Davon entfielen 27,5 Mrd. Euro auf Spargeldeingänge. Die Sparleistungen der Bausparer nahmen um 9,1 Prozent zu. Die Sicherheit des Bausparens war vielen Sparern in der Finanz- und Wirtschaftskrise erneut bewusst geworden.

Das im Vorjahr vorherrschende allgemeine Wirtschaftsklima, insbesondere die Unsicherheit über die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und die damit verbundene Zurückhaltung bei langfristigen Investitionsentscheidungen, wirkte sich noch im Berichtsjahr negativ auf die Baugeldauszahlungen der Bausparkassen aus. Die Finanzierungsleistungen gingen 2010 um 8,9 Prozent auf 30,2 Mrd. Euro zurück. Der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Finanzierungsleistungen der deutschen Bausparkassen belief sich auf 71,6 Prozent.

AUSBLICK

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen Deutschland in ihrem Frühjahrsgutachten 2011 in einer kräftigen Aufschwungsphase. Der Aufschwung steht auf einem breiten Fundament. Neben den Auslandsbestellungen hat die Binnennachfrage deutlich zugelegt, in erster Linie bedingt durch höhere Ausrüstungsinvestitionen. Im ersten Quartal 2011 haben auch die Bauinvestitionen im Vergleich zum Vorquartal kräftig zugelegt, nämlich um 6,2 Prozent.

Von der Geldpolitik gehen für Deutschland positive Impulse aus. Zwar hat die EZB zuletzt den Leitzinssatz erhöht; gemessen an der Dynamik des deutschen Aufschwungs ist das Zinsniveau aber immer noch sehr niedrig. Die Institute gehen bisher noch davon aus, dass der eingeschlagene Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte fortgesetzt wird und dämpfende Impulse auf die Konjunktur ausüben dürfte.

Für 2011 prognostizieren die Institute ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 2,8 Prozent. Hintergrund sind das anhaltend niedrige Zinsniveau und dadurch steigende Investitionen und Bautätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften der Prognose zufolge um 10,5 Prozent zulegen, in Bauten wird voraussichtlich 2,2 Prozent mehr investiert als im Jahr 2010. Der positive Ausblick für die Weltkonjunktur, insbesondere für die führenden Schwellenländer, treibt die Ausfuhren an. Diese steigen der Prognose zufolge um 9,8 Prozent, während die Importe um 8,2 Prozent zulegen werden. Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt belebt die Konsumgüternachfrage nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute auch im Jahr 2011; diese Komponente der BIP-Verwendung dürfte um

1,2 Prozent steigen. Der Staatsnachfrage wird ein Anstieg um nur 1,3 Prozent vorhergesagt, die Dynamik hat sich mithin abgeschwächt.

Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2011 von 40,9 Mio. Menschen erbracht werden. Der Anstieg geht einher mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen unter die Schwelle von drei Millionen. Die Arbeitslosenquote läge demnach bei 6,9 Prozent.

Das bemerkenswerte Tempo, mit dem sich Deutschland aus der Krise herausarbeitet, dürfte nicht ohne Folgen für das Preisniveau bleiben. Bereits im ersten Quartal 2011 lag der Verbraucherpreisindex 2,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Institute erwarten für das Jahr 2011 eine Teuerungsrate von 2,4 Prozent. Mit dem Ziel der Preisniveaustabilität sind dagegen nach der Definition der EZB nur Inflationsraten von unter, aber nahe 2 Prozent vereinbar. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte wird sich auf 1,7 Prozent des BIP belaufen.

Nach 2011 dürfte die Wirtschaftsleistung zyklisch abnehmen. Die Institute sagen ein BIP-Wachstum von 2,0 Prozent im Jahr 2012 voraus. Die Prognose steht ferner unter der Bedingung, dass sich virulente Risiken nicht zu ernsthaften Krisen mit Folgen für die Realwirtschaft auswachsen. Dazu zählen die Verwerfungen in den öffentlichen Haushalten mehrerer Staaten der Euro-Peripherie sowie drohende Versorgungsengpässe bei Rohstoffen, die kurzfristig nicht substituiert werden können. Die Forscher schließen auch eine Lohn-Preis-Spirale im Inland nicht aus, mit negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung.

Wer Energiekosten einsparen will, ist gut beraten, einen Fenster-Check zu machen. Undichte Fenster können bis zu 40 Prozent am Gesamtwärmeverlust eines Hauses ausmachen. Der fachgerechte Einbau neuer Fenster mit Wärmeschutzglas und hoch dämmenden Profilrahmen lohnt sich dabei doppelt: Denn auch das körperliche Wohlbefinden steigt.

VEKA

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2010 mit den privaten Bausparkassen 1,8 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 58,7 Mrd. Euro ab. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge stieg um 1,5 Prozent, das Abschlussvolumen um 4,9 Prozent.

Die Bausparer erhöhten 2010 zudem bei 170.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) belief sich auf 31.900 Euro (+ 3,4 Prozent). Die durchschnittliche Bausparsumme lag in den alten Bundesländern (mit 32.800 Euro) um 27 Prozent höher als in den neuen Bundesländern (mit 25.800 Euro).

Von den Neuverträgen entfielen 1,5 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 49,4 Mrd. Euro (+ 5,4 Prozent) auf Bausparer aus den westdeutschen Bundesländern. In den neuen Bundesländern und Berlin wurden 320.000 Verträge über eine Bausparsumme von 8,2 Mrd. Euro (+ 2,6 Prozent) abgeschlossen. Der Summe nach entfielen damit 13,9 Prozent der neuen Bauspar-

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

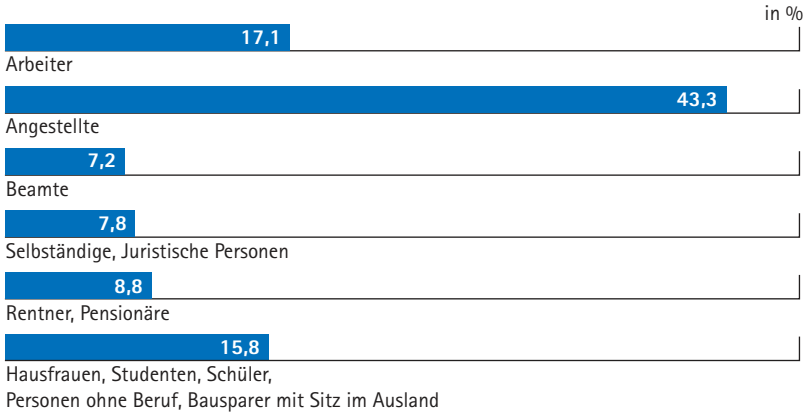
verträge mit einer privaten Bausparkasse auf Ostdeutschland. Außerdem zeichneten Bausparer mit Sitz im Ausland (in der Regel in der Europäischen Union) 20.000 Verträge über eine Bausparsumme von 1,2 Mrd. Euro (2,0 Prozent der Neuabschlüsse).

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2010 in der überwiegenden Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 67,6 Prozent gemessen an der Bausparsumme (67,4 Prozent nach der Stückzahl).

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie von Bausparern mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 15,8 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 8,8 Prozent.

Die von den Bausparkassen seit dem 1. November 2008 angebotenen Altersvorsorge-Bausparverträge stoßen auf wachsende Nachfrage. Im Jahre 2010 wurden nach Anzahl und Bausparsumme mehr als doppelt so viele Altersvorsorgeverträge als 2009 abgeschlossen. Auf das neue Marktsegment entfielen gut 140.000 Stück über eine Bausparsumme von 4,9 Mrd. Euro.

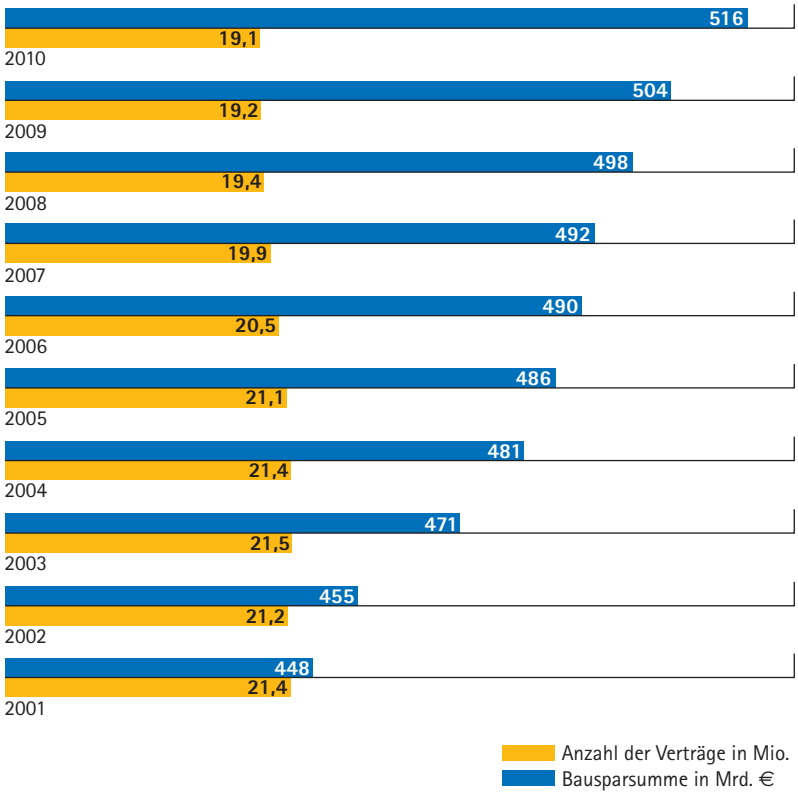
Bei den privaten Bausparkassen 2010 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)



ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2010 betreuten die privaten Bausparkassen 19,1 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 516,1 Mrd. Euro (+ 2,4 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand nach der Bausparsumme erhöhte sich auf 87,3 Prozent.

Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010



Die Bausparsumme der Verträge des nicht zugeteilten Bestandes stieg 2010 um 3,3 Prozent auf 450,3 Mrd. Euro an. Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen ansteigt, erreichte zum Jahresende 27.200 Euro (+ 2,8 Prozent). Der mittlere Anspargrad betrug knapp ein Fünftel der Bausparsumme. Die Verträge waren im Durchschnitt mit 5.300 Euro (+ 6,2 Prozent) angespart.

GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahre 2010 auf 26,4 Mrd. Euro und übertraf den Vorjahreswert damit um 8,4 Prozent. Bausparkassen werden insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Hort der Stabilität wahrgenommen.

Die Sparleistungen der Bausparer stiegen 2010 um 11,3 Prozent auf 18,1 Mrd. Euro und erreichten damit einen neuen Höchstwert. Der Spargeldeingang nahm auf breiter Grundlage zu, so dass auch in jedem Bundesland ein Zuwachs zu verzeichnen war. Besonders kräftig stieg der Spargeldeingang in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz um 14 Prozent an.

Bundesweit gingen außerdem 0,3 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein. In Folge der Geldeingänge stiegen die Bauspareinlagen um 6,8 Prozent auf 87,8 Mrd. Euro.

Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer nahmen um 2,0 Prozent auf 7,9 Mrd. Euro zu. Von den Zins- und Tilgungsleistungen entfielen mit 6,2 Mrd. Euro (+ 4,1 Prozent) weiterhin rund vier Fünftel auf reine Tilgungsbeträge. Auch die Entschuldung dient der Vermögensbildung der Bausparer.

In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Sie beliefen sich 2010 insgesamt auf 2,6 Mrd. Euro (- 3,9 Prozent).

AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahre 2010 den Wohnungsbau mit 21,6 Mrd. Euro. Auf Grund der im Berichtsjahr noch anhaltenden Verunsicherung der potentiellen privaten Investoren-Haushalte ging das Finanzierungsvolumen um 9,8 Prozent zurück. Inzwischen verzeichnen die privaten Bausparkassen einen kräftigen Anstieg ihrer Finanzierungszusagen.

Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Von den Finanzierungen entfielen 10,6 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen. Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 9,2 Mrd. Euro hinzu. Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 1,8 Mrd. Euro.

Die privaten Bausparkassen zahlten 2010 insgesamt Baudarlehen in einer Höhe von 13,2 Mrd. Euro aus. Hinzu kamen Auszahlungen an Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen, die sich auf 8,4 Mrd. Euro beliefen.

Die Baudarlehen wurden an rund 340.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 74,5 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Baudarlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuer Baudarlehen der privaten Bausparkassen betrug 38.900 Euro.

Ende 2010 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 89,5 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 0,9 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

Anfang 2010 waren in der Bundesrepublik Deutschland 14 private Bausparkassen tätig. Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine Gesellschaft auf eine andere verschmolzen. Alle 13 bestehenden privaten Bausparkassen werden in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt und gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2010 rund 8.000 Mitarbeiter. Davon waren 4.500 weibliche und 3.500 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Rund 800 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergibt sich eine Personenzahl von rund 7.200. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme stieg um 3,9 Prozent auf 20,2 Mio. Euro an. Die Anzahl der Bausparverträge, die im Durchschnitt von einem Mitarbeiter betreut werden konnte, erhöhte sich um 1,5 Prozent auf 2.660.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

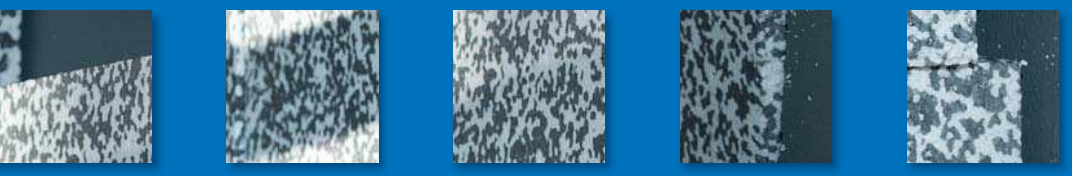
Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmütter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit bei Wohnbedarf dar.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2010

	Umrechnungskurse per Ende 2010[1]	Eingelöstes Neugeschäft		Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2010		Spargeldeingang[3]
		Anzahl[2]	Bausparsummen in Mio. €	Anzahl	Bausparsummen in Mio. €	in Mio. €
Tschechien	25,282 CZK/€	417.996	5.973,1	2.484.494	37.660,0	1.502,5
Slowakei	-	238.881	1.839,0	1.008.001	12.619,0	498,0
Ungarn	280,155 HUF/€	129.942	1.025,0	636.893	4.915,4	261,7
Rumänien	4,283 RON/€	22.793	60,2	138.519	537,9	19,1
Kroatien	7,383 HRK/€	25.425	170,3	130.455	901,5	46,7

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.



Durch schlecht isolierte Außenwände verpufft in Millionen von älteren Häusern wertvolle Energie. Gute Wärmedämmung hilft viel Geld zu sparen. Wenn die Fassade ohnehin renoviert werden muss, weil der Anstrich unansehnlich geworden ist, ist der richtige Zeitpunkt für eine Fassadendämmung gekommen.

Wohnungspolitische Diskussion

Die wichtigste Aufgabe des Verbandes war es, die deutsche und europäische Politik immer wieder aufs Neue von der „Wohneigentumsidee" und der Notwendigkeit solider eigenkapitalgestützter Finanzierungssysteme zu überzeugen. Dazu wurde die besondere Sicherheitsarchitektur des Bausparens, die sich in der Finanzkrise als systemstabilisierend erwiesen hat, in den Vordergrund der Argumentation gerückt.

Zudem machte sich der Verband aber auch für den Erhalt des bewährten Förderinstrumentariums stark. Es rechtfertigt sich durch die hohe Bedeutung eigener vier Wände für die private Altersvorsorge, die Vermögensbildung und als Stück „gelebter Freiheit". Als zweitgrößte Finanzierungsgruppe im privaten Wohnungsbau spielen die Bausparkassen hier eine zentrale Rolle.

Die Initiierung eines „Immobilienwirtschaftlichen Dialogs" durch den Bundesbauminister, an dem der Verband aktiv mitwirkt, wird sehr begrüßt. Er unterstreicht die große Bedeutung der Immobilienwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Deutschland und lässt neue Impulse zur Erhöhung der Wohneigentumsquote und Ankurbelung des Wohnungsbaus erwarten.

Soll das Energiekonzept der Bundesregierung ein Erfolg werden, ist die Mobilisierung privaten Kapitals unverzichtbar. Energieeinsparinvestitionen kann

nur der finanzieren, der zuvor entsprechende Finanzpolster gebildet hat. Vorsparen – zweckgerichtetes Vorsparen – ist dafür unverzichtbar.

Eigenheimrente – „Störfälle" beseitigen und Instrument vereinfachen

Die Eigenheimrente stößt auf eine große Akzeptanz. Mit 294.000 zusätzlichen Verträgen konnte der Bestand laut den Zahlen des Bundesarbeitsministeriums 2010 im Vergleich zu 2009 auf 491.000 Verträge mehr als verdoppelt werden. Jeder vierte neu abgeschlossene Riester-Vertrag war ein Eigenheimrenten-Vertrag. Gleichwohl ist dieses Instrument nach wie vor zu bürokratisch.

Zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Entbürokratisierung und Flexibilisierung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge hat der Verband eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet.

Dies betraf zum einen „steuertechnische" Forderungen: So setzt sich der Verband zum Beispiel für den Verzicht auf eine Kranken- und Pflegeversicherungsbeitragspflicht bei einer Eigenheimrente ein, die aus altersvorsorgewirksamen Leistungen finanziert wird. Hier steht eine Lösung noch aus. Im Dialog Verwaltung-Anbieter wurde aber immerhin klargestellt, dass auf eine Doppelerhebung der Steuer-Identifikationsnummer verzichtet werden kann.

Zu den weiteren Verbesserungsvorschlägen des Verbandes zählt ein 10-Punkte-Katalog, der in die politische Diskussion eingebracht wurde:

- Erleichterung im Pflegefall
- Erleichterung bei berufsbedingtem Umzug
- Einbeziehung des altersgerechten Umbaus in die Förderung
- Keine Verzinsung des Wohnförderkontos
- Höherer Abschlag bei der Einmalversteuerung zum Rentenbeginn
- Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung der Steuerschuld auch noch im Rentenalter
- Möglichkeit, die angesparten Mittel vor Renteneintritt zur Entschuldung nutzen zu können
- Flexibilisierung beim Berufseinsteiger-Bonus
- Keine Verkomplizierung im Scheidungsfall und
- Einbeziehung von Selbstständigen in die Förderung.

Mit diesen Verbesserungsvorschlägen geht es dem Verband vor allem um die Beseitigung unnötiger „Störfälle" und eine punktuelle Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Eigenheimrente, die allerdings an die private Altersvorsorge geknüpft bleiben soll. Sie zeigen einen Weg auf, wie die Koalitionsvereinbarung ohne oder zumindest ohne größere Haushaltsbelastungen realisiert werden kann.

Bildungssparen mit Bausparen?

Im Zusammenhang mit der im Koalitionsvertrag angekündigten Einführung eines Bildungssparens war von der Bundesbildungsministerin die Frage ge-

stellt worden, ob das Bausparsystem dafür nicht als Modell gelten kann. Der Verband hat diesen Vorstoß begrüßt. Der Bedarf für eine entsprechende private Vorsorge wird gesehen. Gerade auch die jungen Menschen wissen, dass Ausbildung und Qualifikation der Schlüssel zum beruflichen Erfolg ist und sie hier investieren müssen.

Statt eines „Verschuldungsmodells" bevorzugt der Verband ein „Vorsorgemodell". Der Fokus sollte dabei auf der beruflichen Erstausbildung liegen. Wenn die Politik dies wünscht, bietet er sich als Partner für eine haushaltsmäßig tragfähige Lösung an. Voraussetzung ist jedoch, dass die Sicherheitsarchitektur des Bausparens trotz notwendiger gesetzlicher Änderungen erhalten bleibt.

Vor einer Einführung des Bildungssparens sind jedoch laut Bundesbildungsministerium umfangreiche inhaltliche, rechtliche und administrative Fragen zu klären. Diese Prüfung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Daher sind für den Haushalt 2011 auch keine Mittel dafür eingestellt worden. Auch ist eine haushaltswirksame Prämienauszahlung in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Ein erstes Modell für ein Bildungssparen, das auch mittels des Bausparens dargestellt werden könnte, hat die AG Finanzen der FDP-Bundestagsfraktion skizziert. Es enthält allerdings eine Reihe offener Fragen. Der Verband will die Chance nutzen, diese zu klären. Ob es 2011 zu einer parlamentarischen Initiative kommen wird, bleibt abzuwarten.

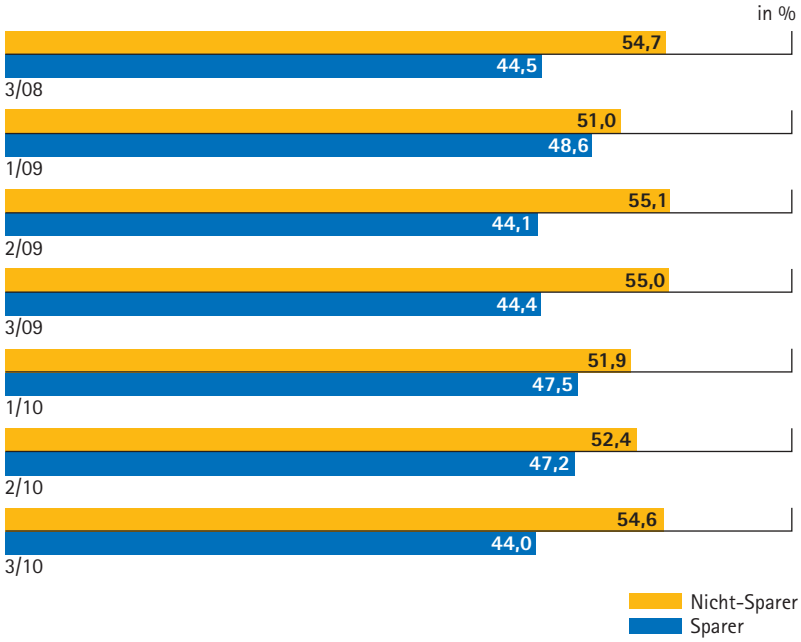
Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

Im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen hat TNS Infratest, Bielefeld, im Jahr 2010 erneut drei weitere repräsentative Umfragen der Bundesbürger zum Sparverhalten in West- und Ostdeutschland (2.000 Telefoninterviews) durchgeführt (März, Juni und Oktober 2010). Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Sparer/Nichtsparer

Seit fünf Jahren sparen immer weniger Bundesbürger für einen bestimmten Zweck. Bezeichneten sich im Durchschnitt des Jahres 2005 noch 52 Prozent der Befragten als Zwecksparer, belief sich dieser Wert 2010 auf nur noch 46 Prozent.

Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



Bei denjenigen, die sparen, ergab sich folgende Verteilung der wichtigsten Sparziele (Anteile in %):

	3/10	2/10	1/10	3/09	2/09	1/09	3/08
Altersvorsorge:	60,2	61,5	67,6	60,3	62,1	65,8	57,9
Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.):	58,2	51,9	50,1	59,3	58,5	59,9	57,7
Erwerb/Renovierung von Wohneigentum:	45,8	43,5	52,2	52,0	49,3	50,6	46,5
Kapitalanlage:	27,5	31,7	37,3	32,2	35,6	36,7	26,2
Ausbildung der Kinder:	4,9	4,5	5,4	4,0	4,2	5,7	3,3
Notgroschen/Reserve:	3,7	4,1	4,8	4,3	3,3	4,6	4,1
Sonstiges:	5,4	6,7	7,9	5,1	6,0	5,7	5,5

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Sparziele

Das Sparmotiv „Altersvorsorge" blieb auch im Herbst 2010 das wichtigste Sparziel: Mehr als 60 Prozent der Befragten gaben an, für den Ruhestand Geld auf die Seite zu legen. Damit entsprach dieser Wert dem des Vorjahres; er sank gegenüber Juni 2010 nur leicht um 1,3 Punkte. Ein deutliches Plus im Vergleich zur Sommerbefragung 2010 gab es beim Sparziel „Konsum". Mehr als 58 Prozent der Befragten wollte mit dem zurückgelegten Geld eine größere Anschaffung finanzieren. Im Juni 2010 gaben das noch 51,9 Prozent an. Offenbar befeuerten die positiven Wirtschaftsdaten der vorangegangenen Monate die Konsumwünsche.

Im Vergleich zur Sommerbefragung rückte im Herbst 2010 auch wieder vermehrt das Sparmotiv „Wohneigentum" in den Vordergrund: Dieser Wert ver-

bessert sich im Vergleich zum Juni 2010 um zwei Prozentpunkte und wurde von 45,8 Prozent der Befragten als Sparziel genannt. Deutliche Spuren hinterließ die Finanzkrise beim Sparmotiv „Kapitalanlage". Im Herbst 2010 nannten nur 27,5 Prozent der Befragten die „Kapitalanlage" als Sparziel – nach 31,7 Prozent im Juni 2010 und 32,2 Prozent im Oktober 2009. In der Herbstbefragung vor drei Jahren lag der Wert noch bei annähernd 50 Prozent.

Zukünftiges Sparverhalten

Die Quote der Befragten, die künftig ihr Sparverhalten nicht ändern wollen, stieg seit 2008 stetig an; von 67,1 Prozent im Juni 2008 auf 73,6 Prozent im Oktober 2010.

Auf die Frage hinsichtlich des künftigen Sparverhaltens ergaben sich folgende Antworten (Anteile in %):

	3/10	2/10	1/10	3/09	2/09	1/09	3/08
Mehr:	6,2	6,7	8,5	8,5	7,5	9,0	8,3
Weniger:	12,0	11,7	14,6	14,1	15,5	16,7	16,4
Etwa gleich viel:	73,6	72,7	71,8	69,7	68,5	67,9	67,4
Weiß nicht und keine Angabe:	8,3	8,9	5,1	7,7	8,6	6,3	7,9

Gründe für steigendes Sparvolumen

Jeder Dritte gab im Oktober 2010 an, mehr sparen zu wollen, um einen „Notgroschen" auf der Seite zu haben. Das entsprach gegenüber Juni 2010 einem Plus von 3,5 Punkten – gegenüber Oktober 2009 sogar einem Plus von

Bei den Haushalten, die angaben, mehr sparen zu wollen, ergab sich folgende Verteilung der Gründe für dieses Mehrsparen (Anteile in %):

	3/10	2/10	1/10	3/09	2/09	1/09	3/08
Allgemeines Sparen für die Zukunft/Notgroschen:	32,8	29,3	18,5	24,2	25,8	19,3	20,4
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	23,7	18,5	37,2	28,9	29,9	16,2	15,2
Größere Anschaffungen:	20,8	19,6	14,3	18,9	19,9	23,2	18,5
Steigende Ausgaben:	13,5	15,3	13,4	14,1	6,8	21,7	16,9
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	7,8	7,3	7,0	8,3	9,4	11,5	7,8
Urlaub:	7,7	15,8	6,4	5,6	11,4	12,0	8,7
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	5,0	2,1	4,2	1,5	2,2	7,7	3,3
Unsichere Altersvorsorge:	4,3	16,0	7,3	5,4	5,4	8,4	8,3
Steigendes Konsumbedürfnis:	4,1	7,8	4,9	7,8	5,3	12,1	9,6
Arbeitslosigkeit:	3,3	5,0	3,5	1,1	1,8	5,8	0,8
Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation:	2,1	5,6	3,4	6,8	4,6	11,4	5,7

8,6 Punkten. Der Anteilswert für den Spargrund „berufliche Veränderung/ Einkommensänderung" hat sich nach seinem Einbruch im Juni 2010 wieder erholt. Gaben damals noch 18,5 Prozent der Befragten an, aufgrund einer beruflichen Veränderung mehr sparen zu wollen, betrug dieser Wert im Oktober 2010 23,7 Prozent. Das entsprach aber immer noch einem deutlichen Minus von 5,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Herbstbefragung des Vorjahres. Auffällig war auch, dass die „aktuelle wirtschaftspolitische Situation" und „Arbeitslosigkeit" deutlich seltener als Argument für ein vermehrtes

Sparen genannt wurden: zusammen von 5,4 Prozent im Herbst 2010 nach 10,6 Prozent im Juni 2010.

Mehr als jeder Fünfte der Befragten gab als Grund für sein steigendes Sparvolumen das Motiv „größere Anschaffungen" an. Es belegte damit im Herbst-Ranking den 3. Platz. Etwas verbessert hat sich der Wert für „Immobilienerwerb/Modernisierung" (Oktober 2010 7,8 Prozent nach 7,3 Prozent im Juni 2010). Einen markanten Rückgang gab es beim Spargrund „unsichere Altersvorsorge": Nach einem Rekordwert von 16 Prozent im Juni 2010 nannte im Oktober 2010 nur 4,3 Prozent der Befragten die „unsichere Altersvorsorge" als Grund für ein vermehrtes Sparen.

Gründe für sinkendes Sparvolumen

Im Oktober 2010 gaben die Befragten als Hauptgründe für zurückgehende Sparaktivitäten vor allem weiterhin „fehlende Einkommenssteigerungen bzw. Einbußen" (38,4 Prozent) sowie „steigende Lebenshaltungskosten" (31,9 Prozent) an. Das Argument „steigende Lebenshaltungskosten" spiegelte dagegen nicht die tatsächliche Entwicklung der Preissteigerungsrate mit damals etwas mehr als einem Prozent wider. An Bedeutung als Begründung für rückläufige Sparanstrengungen haben auch hier „Arbeitslosigkeit" sowie „Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation" verloren.

Einen signifikanten Anstieg für nachlassende Spartätigkeit wies das fatalistisch anmutende „Sparen macht keinen Sinn" auf. Annähernd jeder Fünfte

Bei den Haushalten, die künftig weniger Sparen wollen, liegen folgende Gründe vor (Anteile in %):

	3/10	2/10	1/10	3/09	2/09	1/09	3/08
Fehlende Einkommenssteigerungen/Einkommenseinbußen:	38,4	32,7	38,1	34,5	29,3	27,1	26,9
Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten:	31,9	34,4	33,2	33,3	28,9	39,1	49,1
Sparen macht keinen Sinn:	18,4	9,2	9,4	10,0	9,9	8,3	6,8
Steigendes Konsumbedürfnis:	11,7	6,0	4,2	10,3	4,1	5,5	7,4
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	8,8	11,7	12,6	10,6	14,7	11,9	5,4
Größere Anschaffungen:	7,1	6,3	4,9	5,2	5,8	6,1	1,7
Arbeitslosigkeit:	6,5	6,9	5,3	7,6	11,6	12,5	4,7
Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation:	5,0	11,8	9,6	10,3	10,2	11,1	11,8
Unsichere Altersvorsorge:	5,0	6,0	8,8	7,6	8,1	8,9	5,6
Urlaub:	3,4	5,5	3,6	1,0	9,1	5,3	0,2
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	3,2	4,6	6,9	5,3	2,9	7,5	3,7

nannte das als Grund für seine sinkenden Sparanstrengungen. Im Vergleich zum Juni 2010 verdoppelte sich damit dieser Wert.

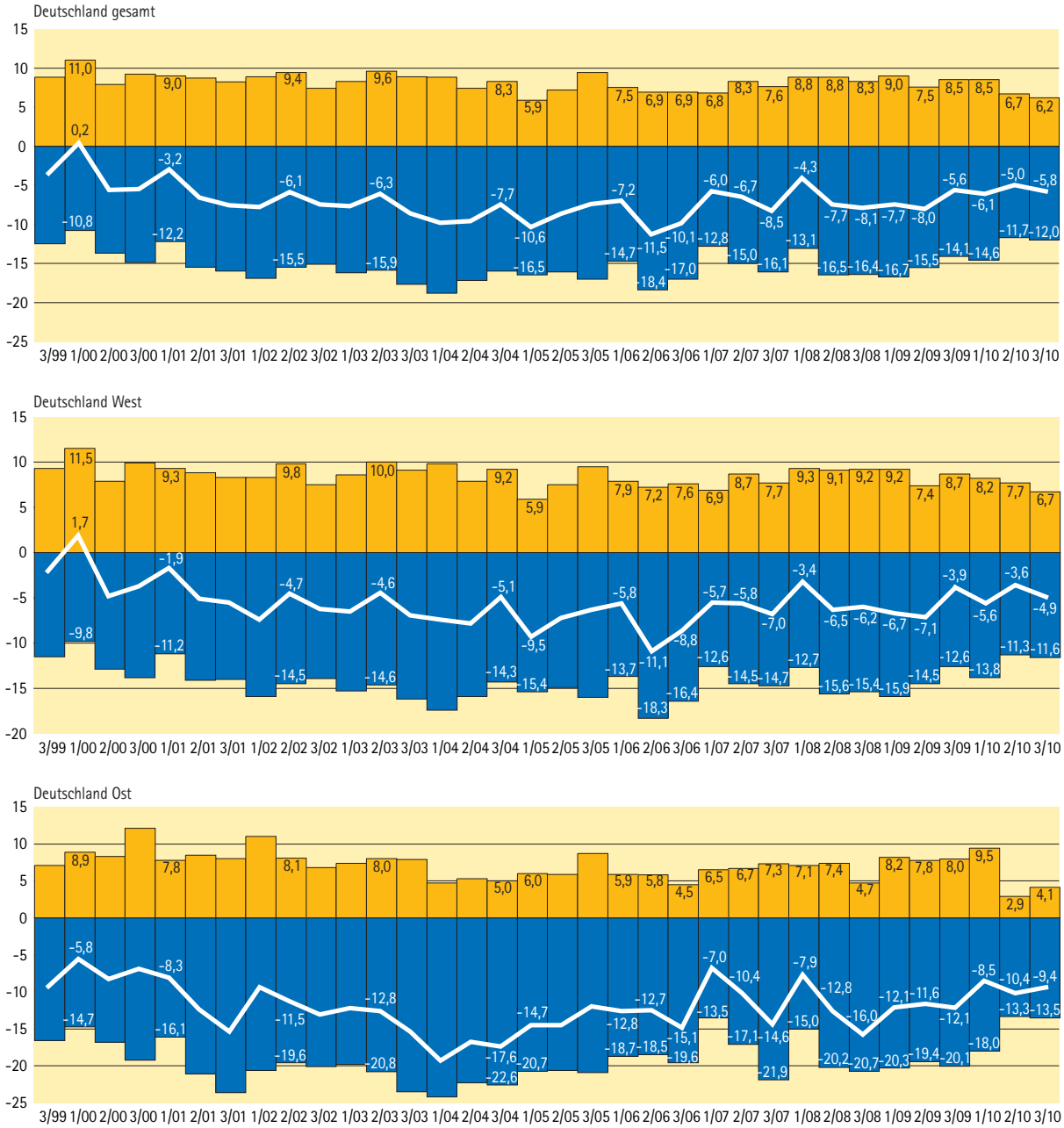
Der aus der Untersuchung abgeleitete Sparklima-Index des Verbandes wird als Saldo aus den Prozent-Anteilen derjenigen, die künftig mehr sparen wollen, und derjenigen, die künftig weniger sparen wollen, berechnet. Dabei zeigt sich: Die Bundesbürger schauten im Oktober 2010 verhalten optimistisch in die Zukunft. 12 Prozent der Deutschen rechneten damit, künftig weniger spa-

ren zu können. Das war der niedrigste Oktober-Wert seit 1999; er lag 2,1 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Bundesbürger, die in Zukunft mehr sparen wollen, ging gegenüber Juni 2010 leicht um einen halben Prozentpunkt auf 6,2 Prozent zurück. Damit betrug der Sparklima-Index im Oktober 2010 minus 5,8 Punkte, nach minus 5,0 Punkten im Juni 2010 und minus 5,6 Punkten im Oktober 2009.

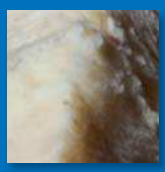
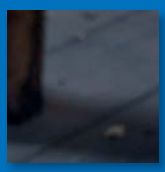
In den neuen Ländern stieg im Oktober 2010 die Zahl der Menschen, die künftig mehr sparen wollen, im Vergleich zum Juni um 1,2 Punkte auf 4,1 Prozent wieder leicht an. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Wert damit aber immer noch um annähernd vier Punkte geringer. Allerdings ging im Jahresvergleich 2010 auch die Zahl der Ostdeutschen, die künftig weniger sparen wollen, von 20,1 Prozent auf 13,5 Prozent deutlich zurück; der Sparklima-Index in den neuen Ländern belief sich damit auf minus 9,4 Prozentpunkte – nach minus 10,4 Punkte im Juni 2010 und 12,1 Punkte im Oktober 2009.

In den alten Bundesländern ging der Anteil der Befragten leicht zurück, die künftig mehr sparen wollen: von 7,7 Prozent im Juni 2010 auf 6,7 Prozent im Oktober 2010. Ein Jahr zuvor gaben 8,7 Prozent der Westdeutschen an, künftig mehr sparen zu wollen. Nahezu konstant blieb die Zahl der Westdeutschen, die künftig weniger sparen wollen: Dieser Wert stieg im Oktober 2010 im Vergleich zum Juni 2010 nur leicht um 0,3 Punkte auf 11,6 Prozent an. Im Oktober 2009 betrug dieser Wert noch 12,6 Prozent. Insgesamt hatte der Sparklima-Index in den alten Ländern im Oktober 2010 einen Wert von minus 4,9 Punkten, nach minus 3,6 Punkten im Juni 2010 und minus 3,9 Punkten im Oktober 2009.

Sparklima-Index



Kurve = Differenz aus den Prozentsätzen derjenigen, die mehr sparen wollen, und derjenigen, die weniger sparen wollen.

Im Dachgeschoss wirkt ein Wärmeschutz auf zweifache Weise: Im Winter verhindert er unnötige Energieverluste; im Sommer sorgt er für eine angenehme Raumtemperatur. Wie bei anderen Energieeinsparmaßnahmen empfiehlt sich auch hier, rechtzeitig finanziell vorzusorgen. Am besten mit einem Bausparvertrag. Der wird hier zum Energiesparvertrag.

Eigenkapitalvorschriften

PAPIERE DES BASLER AUSSCHUSSES

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte im Dezember 2009 ein Konsultationspapier mit zahlreichen Vorschlägen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors vorgelegt. Im September 2010 wurde in Basel eine Verständigung über die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen und die Einführung von Liquiditätsstandards erzielt. Die neuen Regeln („Basel III") sollen bis Ende 2011 eingeführt und ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden.

Nach den Einführungs- und Übergangsregeln soll die Kernkapitalquote von Kreditinstituten in Jahresschritten bis 2015 auf mindestens 6,0 Prozent, die Mindestquote des harten Kernkapitals bis 2015 auf 4,5 Prozent erhöht werden. Diese Quote soll ab 2016 weiter um einen Kapitalerhaltungspuffer in vier Jahren auf 7,0 Prozent aufgebaut werden.

Zudem soll ein antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt werden, wenn das makroökonomische Kreditvolumen im Vergleich zum Bruttosozialprodukt aus Sicht der nationalen Aufseher auf eine Überhitzung hindeutet.

Zusätzlich zu den Kapitalanforderungen soll die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) begrenzt werden. Für das Kernkapital soll eine Quote von mindestens 3,0 Prozent eingeführt und ab 2018 verbindlich vorgeschrieben werden.

Der Basler Ausschuss hat im Dezember 2010 die Papiere zur angemessenen Eigenkapitalausstattung, zum antizyklischen Puffer und zu den Liquiditätsstandards verabschiedet und veröffentlicht.

EU-RICHTLINIEN ÜBER EINE ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Das Committee of European Banking Supervisors veröffentlichte im Juni 2010 „Guidelines on Common Reporting", die ein Rahmenwerk zum Solvenz-Meldewesen darstellen sollen. Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) hat zu den Richtlinien Stellung genommen.

Im Oktober 2010 veröffentlichte die EU-Kommission ein Konsultationspapier über antizyklische Kapitalpuffer. Auch hierzu hat die EuBV Stellung bezogen. Aus ihrer Sicht reicht das bestehende aufsichtsrechtliche Instrumentarium, insbesondere die Säule II und somit in Bezug auf die Risikotragfähigkeit aus, um übermäßigem Wachstum von Kreditrisikopositionen wirkungsvoll zu begegnen.

Eine EU-Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Eigenkapitalausstattung wurde im Dezember 2010 veröffentlicht (Änderungspaket „CRD III"). Damit wurden insbesondere Neuregelungen zur Weiterverbriefung, zum Handelsbuch und zur Vergütung getroffen.

Für die Umsetzung des Gesamtwerkes „Basel III“ hatte die EU-Kommission im Februar 2010 ein Konsultationspapier zu weiteren Änderungen an den Eigenkapitalvorschriften (Änderungspaket „CRD IV“) vorgelegt. Die Kommission plant nun für Mitte 2011 die Veröffentlichung eines entsprechenden Entwurfs. Die neuen Regeln sollen grundsätzlich ab Ende 2012 gelten.

NATIONALE UMSETZUNG DER NEUEN EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN DER EU

Die Bundesregierung verabschiedete im März 2010 einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie (Änderungspaket „CRD II“), der vor allem KWG-Änderungen enthält. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) legte einen Entwurf für eine Änderung der Solvabilitätsverordnung vor und hörte hierzu auch den Verband an.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat im Juli 2010 einen Entwurf der CRD II-Änderungsverordnung zur Verfügung gestellt, der neben bereits abgestimmten Änderungen der Solvabilitätsverordnung weitere Änderungen der Solvabilitätsverordnung und der Großkredit- und Millionenkreditverordnung enthält, die aufgrund der Umsetzung der nächsten Änderungsrichtlinie („CRD III“) erforderlich werden.

Der Verband nahm mit einem Schreiben an die BaFin zum Entwurf der CRD II-Änderungsverordnung Stellung und begrüßte die Änderung von § 35 SolvV, weil damit den für die Bausparkassen geltenden Besonderheiten der Beleihungswertermittlung entsprochen wird.

Die Verordnung zur weiteren Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD II-Änderungsverordnung) ist am 8. Oktober 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und am 31. Dezember 2010 in Kraft getreten. Die Meldeformulare zur geänderten Solvabilitätsverordnung sind in einem Anlageband zusammengefasst worden.

Das Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie ist am 24. November 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und grundsätzlich am 31. Dezember 2010 in Kraft getreten.

Im Juni 2011 hat die BaFin einen Entwurf einer Zweiten Verordnung zur weiteren Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vorgelegt, mit der die zum 31. Dezember 2011 anzuwendenden Änderungen (aus der „CRD III") umgesetzt werden sollen. Außerdem sei eine Verbesserung der Umsetzung der Bankenrichtlinie im Bereich der durch Immobilien besicherten Positionen erforderlich.

Risikomanagement

ANFORDERUNGEN AN VERGÜTUNGSSYSTEME

Anfang 2010 legte das Bundesfinanzministerium einen Gesetzentwurf über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten vor. Die Anforderungen an das Risikomanagement des § 25a KWG sollen um „angemessene und transparente Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, die auf eine nachhaltige Entwicklung des Instituts ausgerichtet sind", ergänzt werden.

Im Mai 2010 hat das BMF unter Bezugnahme auf die in dem Gesetzentwurf enthaltene Ermächtigung einen Verordnungsentwurf über die Anforderungen an Vergütungssysteme vorgelegt. Der Anwendungsbereich der besonderen Anforderungen soll auf „bedeutende Institute" gemäß deren Selbsteinschätzung begrenzt werden.

Das Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen ist am 27. Juli 2010 in Kraft getreten. Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten ist am 13. Oktober 2010 in Kraft getreten.

MINDESTANFORDERUNGEN AN DAS RISIKOMANAGEMENT

Die BaFin hat im Juli 2010 den Entwurf für eine Überarbeitung der MaRisk vorgelegt. Die Mindestanforderungen seien aufgrund verschiedener internationaler Regulierungsinitiativen, insbesondere im Hinblick auf die Richtlinien des Committee of European Banking Supervisors über das Management des Liquiditätsrisikos, über Liquiditätsreserven, über das Konzentrationsrisiko und über Stress-Tests, anzupassen.

Mitte Dezember 2010 hat die BaFin die Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Die neuen Anforderungen sind unmittelbar in Kraft getreten. Um den Instituten ausreichend Umsetzungszeit zu gewähren, müssen die Institute die neuen Anforderungen erst bis Ende 2011 vollumfänglich umgesetzt haben.

ERFASSUNG DES ZINSÄNDERUNGSRISIKOS

Die BaFin gab ihre Absicht bekannt, das Rundschreiben zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung zu überarbeiten. Für Institute mit erhöhten Zinsänderungsrisiken soll der Eigenmittelkoeffizient inklusive Risikobetrag für Zinsänderungen im Anlagebuch berechnet werden. Bei insgesamt unzureichender Eigenmittelausstattung plant die BaFin, einen Kapitalzuschlag zu prüfen.

Im Mai 2011 hat die BaFin den angekündigten Entwurf eines überarbeiteten Rundschreibens zu den Zinsänderungsrisiken vorgelegt, der zusätzliche Festlegungen zu den in die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos einzubeziehenden Positionen enthält.

MODERNISIERUNG DES BANKAUFSICHTLICHEN MELDEWESENS

Die Deutsche Bundesbank und die BaFin legten im Februar 2011 ein Konzept zur Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens vor. Sie haben insbesondere Anpassungen im Bereich der Finanzdaten vorgeschlagen und erhoffen sich eine Stärkung der präventiven Aufsicht.

Beide Bausparkassenverbände haben im Mai 2011 mit einem gemeinsamen Schreiben zur Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens eingehend Stellung genommen.

Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe

Im März 2010 hatte die Bundesregierung Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung beschlossen, zu denen auch die Einführung einer Bankenabgabe und die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung von Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen gehören. Der Verband vertrat frühzeitig die Position, bei Einführung einer Bankenabgabe müsse berücksichtigt werden, dass Bausparkassen keinen Beitrag zur Verursachung der Finanzkrise geleistet haben, kein Engagement mit hohen Risiken und Renditechancen eingehen können und auch künftig nicht destabilisierend wirken werden.

Das BMF legte im Juli 2010 den Entwurf eines Gesetzes zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung vor. Die Beitragspflicht aller Kreditinstitute zu dem Restrukturierungsfonds soll durch eine Verordnung geregelt werden.

Beide Bausparkassenverbände nahmen zu dem Gesetzentwurf und dem Diskussionsentwurf der Verordnung über die Bankenabgabe Stellung und sprachen sich dafür aus, die Bausparkassen auszunehmen, zumindest aber die Bemessungsgrundlage der beitragsrelevanten Passiva um den Fonds zur bauspartechnischen Absicherung und um die Treuhandverbindlichkeiten zu kürzen.

Das Restrukturierungsgesetz wurde am 15. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat grundsätzlich am 1. Januar 2011 in Kraft. Danach werden neben sogenannten Brückeninstituten nur Förderbanken von der Bankenabgabe ausgenommen. Die Bankenabgabe soll erstmalig zum 30. September 2011 erhoben werden.

Das Bundeskabinett verabschiedete im März 2011 die Restrukturierungsfonds-Verordnung. Danach sind alle Passiva abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und abzüglich des haftenden Eigenkapitals beitragsrelevant. Das kollektive Bauspargeschäft ist damit grundsätzlich aus der Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe ausgenommen.

Der Deutsche Bundestag stimmte im April 2011 der Verordnung zu. Die Verordnung bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates, um unverändert oder durch den Bundesrat geändert in Kraft zu treten.

Die Ausschüsse des Bundesrates haben eine Ausnahme der Treuhandverbindlichkeiten und anderer Verbindlichkeiten aus dem Förderkreditgeschäft aus der Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe und die Einführung eines Freibetrages der Bemessungsgrundlage empfohlen. Das BMF hat verfassungsrechtliche Bedenken u. a. gegen die Freibetragsregelung, d. h. eine faktische Freistellung kleinerer Institute von der Bankenabgabe. Die Verhandlungen des Bundes und der Länder dauerten im Juni 2011 noch an.

Eigenheimrentengesetz

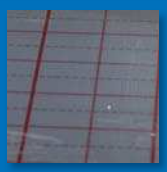
ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN

Anfang 2011 hatte die Arbeitsgruppe „Finanzen" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Initiative zur Verbesserung und Vereinfachung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge ergriffen. Noch 2011 soll ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt werden. Der Verband stellte hierzu seine Vorschläge der Arbeitsgruppe vor.

Im April 2011 gerieten Rückforderungen von Altersvorsorgezulagen für den Veranlagungszeitraum bis 2007 in 1,5 Mio. Fällen in die öffentliche Kritik. Die Bundesregierung hat daraufhin Anfang Mai die Einführung eines Mindestbeitrags von 60 Euro pro Jahr für mittelbar zulageberechtigte Personen beschlossen. Außerdem soll bis zum Beitragsjahr 2011 die Nachentrichtung von Beiträgen für abgelaufene Beitragsjahre ermöglicht werden.

Auch wenn diese Maßnahmen mit einem aktuellen Steuergesetz sofort umgesetzt werden sollen, hat das öffentliche Interesse die politische Diskussion über weitere Vereinfachungen der Förderung der Altersvorsorge beflügelt.

Das Bundesfinanzministerium hat im Juni 2011 einen Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Produktinformationsblatts für zertifizierte



In hochwertigen Neubauten sind Fußbodenheizungen heute fast schon Standard. Doch auch in älteren Häusern werden sie immer öfter nachgerüstet. Zum einen der Behaglichkeit wegen. Zum anderen, weil sich mit einer Fußbodenheizung die Raumtemperatur niedriger halten lässt als mit herkömmlichen Heizkörpern. Ein besonderer Reiz: Sie schafft Platz an den Wänden.

Altersvorsorgeverträge vorgelegt. Das Informationsblatt soll im Detail gesetzlich vorgegeben werden und bestimmte Kosten- und Renditekennziffern enthalten, die über sämtliche Produktgruppen einheitlich ermittelt werden. Die vorgesehene Änderung des Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetzes soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

UMSETZUNG DES EIGENHEIMRENTENGESETZES

Beide Bausparkassenverbände haben mit dem Bundesfinanzministerium Möglichkeiten erörtert, verschiedene technische Verbesserungsvorschläge zur Eigenheimrente umzusetzen. Das BMF hat im Oktober 2010 dem Vorschlag für eine Trennungsvereinbarung zum Vertrag über eine Altersvorsorge-Bauspar-Vorfinanzierung zugestimmt, so dass ein schädlicher Zufluss infolge einer Aufgabe der Selbstnutzung der Wohnung durch Abtrennung des Darlehens verhindert werden kann.

Im Oktober 2010 haben sich beide Bausparkassenverbände mit einem Schreiben an die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Gesundheit gegen eine Kranken- und Pflegeversicherungsbeitragspflicht bei aus altersvorsorgewirksamen Leistungen finanzierter Riester-Rente ausgesprochen.

Das BMF hat im Januar 2011 die Forderung beider Bausparkassenverbände aufgegriffen, dass eine erhobene Steuer-Identifikationsnummer für alle im Einzelnen in den Steuergesetzen angeordneten Meldeverfahren verwendet werden sollte, und mit einem Schreiben an die Bausparkassenverbände die notwendige Bestätigung gegeben.

Die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) lässt sich bei der Umsetzung des Eigenheimrentengesetzes regelmäßig durch eine User-Group für Anbieter beraten, an der eine Arbeitsgruppe des Verbandes teilnimmt. Die ZfA hat sich den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Entnahme des Altersvorsorge-Eigenheimbetrages weitgehend angeschlossen. Für den Entnahmeantrag und den Entnahmebescheid sind Datensätze erstellt worden. Die ZfA plant die Automatisierung des Verfahrens der Kapitalentnahme bei der Eigenheimrente zum Jahresende 2011.

Neuregelung bei der Wohnungsbauprämie

Das BMF hatte im März 2010 den Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010 vorgelegt, mit dem das Wohnungsbau-Prämiengesetz und das Fünfte Vermögensbildungsgesetz derart geändert werden sollten, dass die Einhaltung der Einkommensgrenzen weiterhin im automatisierten Verfahren überprüft werden kann.

Nach nur geringfügigen Änderungen ist das Jahressteuergesetz 2010 am 13. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und grundsätzlich unmittelbar in Kraft getreten.

Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

Das Europäische Parlament forderte im März 2010 die EU-Kommission auf, einen verbindlichen Termin für den Abschluss der Umstellung der Zahlungsverkehrssysteme auf SEPA-Instrumente bis spätestens 31. Dezember 2012 festzulegen. Der Verband und andere Verbände des Wirtschafts- und Sozialsektors lehnen eine Umstellung der bestehenden Einzugsermächtigung auf ein SEPA-Lastschriftmandat, für das die erneute Zustimmung des Zahlungspflichtigen erforderlich ist, aus Kostengründen ab.

Die EU-Kommission nahm im Oktober 2010 die Arbeit an einer Verordnung zu den wesentlichen Anforderungen an Überweisungen und Lastschriften in Euro

auf. Beide Bausparkassenverbände haben sich nachdrücklich gegen eine Anforderung der Kommission ausgesprochen, nach der auch für rein nationale Zahlungsvorgänge die Nutzung von SEPA-Produkten vorgeschrieben wird. Insbesondere haben sie ein Enddatum für die Migration nationaler Zahlungsprodukte abgelehnt.

Die EU-Kommission hat im Dezember 2010 eine Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften für Überweisungen und Lastschriften in Euro vorgeschlagen. Damit sollen auch Enddaten für die Migration nationaler Zahlungsprodukte auf die europäischen Verfahren festgelegt werden.

Im März 2011 hat sich die Bundesregierung zum Verordnungsentwurf der Kommission dafür ausgesprochen, dass das deutsche Lastschriftverfahren langfristig weiterbestehen bleiben kann. Für den Fall, dass diese Ausnahme nicht vorgesehen werden sollte, hat sie eine Überleitung bestehender Einzugsermächtigungen in SEPA-Lastschriftmandate durch Änderung der Lastschriftbedingungen der Banken befürwortet.

Der Deutsche Bundestag hat im Mai 2011 die deutsche Kreditwirtschaft aufgefordert, durch Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen die bestehenden Einzugsermächtigungen auf SEPA-Mandate selbständig umzustellen. Der Zentrale Kreditausschuss hat Vorstellungen zur entsprechenden Änderung der Banken-AGB entwickelt.

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Der Verband engagierte sich im Jahre 2010 umfassend an der parteiübergreifend stattfindenden Diskussion zur Erhöhung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen auf europäischer, nationaler und Landesebene.

Im Vordergrund der Diskussion stand die Regulierung der Vermittler unterschiedlicher Finanzdienstleistungsprodukte. Der Verband hat sich im Rahmen der Reform der Versicherungsvermittlungsrichtlinie auf EU-Ebene und auf Bundesebene mit den Vorschlägen zur Regulierung der Finanzanlagenvermittler beschäftigt. Er nahm an zahlreichen Anhörungen, Veranstaltungen und Konsultationen der EU, des Bundes und der Länder teil und vertrat diesbezüglich die Positionen der Bausparkassen. In diesem Zusammenhang wurden die Ausbildungs- und Prüfungsanforderungen des bereits im Jahr 1994 gegründeten Berufsbildungswerks der Bausparkassen (BWB) in den Vordergrund gestellt.

AGB-rechtliche Zulässigkeit der Abschlussgebühr

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hatte im Frühjahr 2008 in der Öffentlichkeit behauptet, dass die Erhebung der Abschlussgebühr durch die Bausparkassen AGB-rechtlich unzulässig sei und den Verbrauchern entsprechend Musterbriefe zur Verfügung gestellt, um sich rechtlich gegen die Erhebung der Abschlussgebühr zu wehren und diese zurückzuverlangen. In Folge dessen hatte die Verbraucherzentrale NRW drei Bausparkassen bezüglich der Verwendung der Klausel zur Erhebung der Abschlussgebühr verklagt. Nachdem alle erst- und zweitinstanzlichen Gerichte die Erhebung der Abschlussgebühr für AGB-rechtlich zulässig gehalten haben, hat auch der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 7. Dezember 2010 die von allen Bausparkassen verwendete und von der BaFin genehmigte Klausel zur Erhebung der Abschlussgebühr für AGB-rechtlich zulässig gehalten. Der Verband hat diesen für die Branche relevanten Rechtsstreit vor den unterschiedlichsten Gerichten intensiv verfolgt.

Reform der Einlagensicherung

Ein zentrales Thema für den Verband war auch der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Reform der Einlagensicherungsrichtlinie. Nach deren Vorschlag müssten die Bausparkassen wie alle anderen Kreditinstitute die vorgeschlagene Zielausstattung der Einlagensicherungssysteme von 1,5 Prozent der Einlagen mitfinanzieren, ohne dass das spezialgesetzlich geregelte risikoarme Geschäftsmodell der Bausparkassen hinsichtlich der Beitragsmessung entsprechend berücksichtigt würde.

In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der EU-Kommission und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurden die Besonderheiten des Bausparens erläutert. Der federführende ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments hat dem Richtlinienvorschlag mittlerweile ein alternatives Konzept entgegengesetzt, das eine Flexibilisierung hinsichtlich der Beitragsberechnung für die Einlagensicherungssysteme auf nationaler Ebene zulassen will. Ziel muss es sein, ausreichend nationalen Spielräumen für risikogerechte Lösungen in den weiteren Beratungen im Parlament und Rat zum Durchbruch zu verhelfen.

Regulierung des Hypothekarkredits auf EU-Ebene

Der Verband hat die seit über acht Jahren stattfindende interne Diskussion der EU-Kommission zur Regulierung der EU-Hypothekarkreditmärkte auch im Jahr 2010 eng begleitet und im Rahmen der Konsultation zum internen Richtlinienentwurf zur verantwortungsvollen Kreditvergabe die Position der Bausparkassen vertreten.

Die EU-Kommission hatte vor dem Eindruck der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland beabsichtigt, verbrauchervertragliche Regeln vorzuschreiben, die die Verantwortung bezüglich des Abschlusses eines Hypothekarkreditvertrages stärker auf die Kreditinstitute überträgt. Ursprünglich wollte sie die Kreditinstitute verpflichten, selbst über die Geeignetheit des Kreditvertrages für den Verbraucher zu entscheiden. Der Verband setzte sich dafür ein, dass sich die entsprechenden Regeln zur Hypothekarkreditvergabe eng an der Verbraucherkreditrichtlinie orientieren. Zudem sollen Kreditinstitute nicht verpflichtet werden, eine Geeignetheitsprüfung für den Verbraucher vorzunehmen, sondern lediglich ausreichend vorvertragliche Informationen und Erläuterungen zu geben.

Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen

Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen wurde 2002 eingerichtet und hat sich seitdem als Verfahren zur außergerichtlichen Beilegung von rechtlichen Meinungsverschiedenheiten bewährt. Kommt es zu einer Streitigkeit mit einer privaten Bausparkasse, besteht für die Kunden die Möglichkeit, Beschwerde bei der Kundenbeschwerdestelle des Verbandes einzureichen und eine Entscheidung durch die unabhängigen Ombudsleute herbeizuführen.

Veränderungen beim Ombudsverfahren haben sich im Jahr 2010 in personeller Hinsicht ergeben. So ist Dr. Heidi Lambert-Lang nach achteinhalbjähriger Tätigkeit zum Ende des Jahres aus dem Amt der Ombudsfrau ausgeschieden. Nachfolger ist Dr. Michael Klein, ebenfalls ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof, der seine Tätigkeit am 1. Oktober 2010 aufgenommen hat und nunmehr neben Karl Friedrich Tropf über die Streitfragen entscheidet.

Im Berichtszeitraum konnten alle noch offenen Verfahren aus dem Jahr 2009 und bereits über 95 Prozent der insgesamt 511 im Jahr 2010 eingegangenen Beschwerden abgeschlossen werden.

Betrachtet man zunächst den Ausgang der im Jahr 2009 eingereichten Verfahren ist auszuführen, dass 153 der insgesamt 547 gegen private Bauspar-

kassen gerichteten Beschwerden im Vorfeld erledigt werden konnten, so dass es in diesen Fällen keiner Einschaltung der Ombudsleute bedurfte. 394 Beschwerden wurden durch Schlichtungsspruch entschieden. Hiervon waren 83 unzulässig, 220 gingen zugunsten der betroffenen Bausparkasse und 50 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 41 Fällen schlugen die Ombudsleute einen Vergleich vor.

Eine ähnliche Verteilung zeichnet sich bei den im Jahr 2010 bei der Kundenbeschwerdestelle eingegangenen Beschwerden ab. Von den insgesamt 511 Beschwerden richteten sich 9 gegen Landesbausparkassen, so dass 502 Beschwerden dem Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen unterfielen.

Hiervon konnten bislang 146 Beschwerden im Vorfeld einer Entscheidung durch die Ombudsleute erledigt werden. Dabei halfen die Bausparkassen in 96 Fällen den Beschwerden ab und verständigten sich in weiteren 32 Fällen auf einen Kompromiss mit den Beschwerdeführern. In den übrigen 18 Fällen nahmen die Beschwerdeführer aus verschiedenen Gründen von einer weiteren Verfolgung ihres Anliegens Abstand.

Von den bisher 333 durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden waren 44 unzulässig, da verschiedene Verfahrenshindernisse einer Entscheidung im Ombudsverfahren entgegenstanden. Das Verfahren konnte beispielsweise dann nicht stattfinden, wenn die Klärung des Sachverhalts eine

Beweisaufnahme durch Zeugen- oder Parteivernehmung erforderte, der geltend gemachte Anspruch bereits verjährt war und sich die Bausparkasse auch auf den Eintritt der Verjährung berufen hat oder der Schlichtungsspruch die Entscheidung über eine in der höchstrichterlichen Rechtsprechung noch nicht entschiedene Grundsatzfrage erforderte.

Von den weiteren 289 durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden gingen 180 zugunsten der Bausparkasse und 65 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 44 Fällen wurde den Parteien ein Vergleichsvorschlag durch die Ombudsleute unterbreitet.

Die 23 noch offenen Beschwerdeverfahren aus dem Jahr 2010 befinden sich überwiegend in der abschließenden Bearbeitung, so dass in Kürze mit dem Abschluss auch dieser Verfahren gerechnet werden kann.

Zum Inhalt der im Jahr 2010 eingegangenen Beschwerden ist auszuführen, dass sich der inhaltliche Schwerpunkt der Beschwerden im Vergleich zu den Vorjahren ein wenig verschoben hat.

So rügten 26 Prozent der Beschwerdeführer die Beratung oder Betreuung durch die Bausparkasse. 18 Prozent der Beschwerden entfielen auf Vor- oder Zwischenfinanzierungsdarlehen und deren Ablösung durch den zur Tilgung vorgesehenen Bausparvertrag. Auch spielten Beschwerden im Zusammenhang

mit Gebühren und Entgelten weiterhin eine bedeutende Rolle im Ombudsverfahren (15 Prozent). Am häufigsten wurde hier weiterhin die Erhebung einer Gebühr für die Beleihungswertermittlung gerügt. In weiteren 6 Prozent der Fälle baten die Kunden um eine Überprüfung der ihnen in Rechnung gestellten Vorfälligkeitsentschädigung. In 4 Prozent der Fälle gab die Höhe der Bausparsumme Anlass zur Beschwerde. In weiteren 3 Prozent der Fälle ging es um die Annahme von Sparbeiträgen. Schließlich konnten 28 Prozent keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet werden. Hier handelt es sich zumeist um Beschwerden, die Vertragsänderungen zum Gegenstand hatten oder sich mit der Kündigung von vollbesparten Bausparverträgen befassten.

Auch im Jahr 2011 wird die Möglichkeit zur außergerichtlichen Streitbeilegung von den Kunden der Bausparkassen genutzt. So gingen bis Mitte Juni 2011 bereits rund 350 neue Beschwerden bei der Kundenbeschwerdestelle ein.

Trinkwasser zu vergeuden, schadet nicht nur der Umwelt. Es ist auch teuer. Etwa die Hälfte des im Haushalt verbrauchten Wassers lässt sich durch Regenwasser ersetzen. Gerade beim Neubau eines Hauses sollte man deshalb über die zusätzliche Einrichtung einer Regenwasser-Sammelanlage nachdenken. Aber auch eine nachträgliche Installation ist oft möglich und sinnvoll.

Albert Kessel GmbH
Heizungstechnik
Badgestaltung
Regenmanager

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 2
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2009 und 2010

Tabelle 3
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 4
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 5
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 6
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 7
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2010

Tabelle 8
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2010

Tabelle 9
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2010

Tabelle 10
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 11
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 12
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2010

Tabelle 13
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 14
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 15
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 16
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 17
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 18
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2010

Tabelle 19
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2010

Tabelle 20
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2010

Tabelle 21
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2010

Tabelle 22
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2010

Tabelle 23
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2010

Tabelle 24
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Tabelle 1:
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Auszahlungen nach Zuteilung[1]		Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen		Auszahlungen insgesamt
	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €
2001	22.498,1	61,2	12.397,6	33,7	1.852,2	5,0	36.747,9
2002	19.657,6	56,8	12.749,5	36,8	2.214,6	6,4	34.621,7
2003	18.559,7	50,7	15.542,4	42,4	2.532,3	6,9	36.634,4
2004	17.252,0	51,9	13.726,3	41,3	2.245,9	6,8	33.224,2
2005	15.664,0	52,3	12.362,3	41,3	1.924,2	6,4	29.950,6[2]
2006	17.846,3	56,1	11.950,1	37,6	2.000,0	6,3	31.796,4
2007	21.385,7	61,0	11.838,4	33,8	1.829,0	5,2	35.053,1
2008	26.126,9	63,9	12.355,1	30,2	2.384,7	5,8	40.866,7
2009	19.329,5	58,3	11.633,7	35,1	2.207,8	6,7	33.171,0
2010	16.619,5	55,0	11.647,1	38,6	1.935,8	6,4	30.202,3[2]

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2:
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2009 und 2010

Bundesland	2009				2010			
	Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]		Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]	
	Anzahl	%	Mio. €	%	Anzahl	%	Mio. €	%
Schleswig-Holstein	8.037	4,5	1.217,0	3,8	8.222	4,4	1.105,8	3,7
Hamburg	4.186	2,4	401,7	1,2	4.129	2,2	406,9	1,4
Niedersachsen	15.431	8,7	3.367,6	10,4	16.565	8,8	3.090,3	10,4
Bremen	1.351	0,8	215,1	0,7	1.118	0,6	182,5	0,6
Nordrhein-Westfalen	35.991	20,2	5.910,1	18,2	36.432	19,4	5.194,8	17,6
Hessen	11.226	6,3	2.356,1	7,3	12.210	6,5	2.130,6	7,2
Rheinland-Pfalz	8.562	4,8	2.065,1	6,4	9.364	5,0	1.905,9	6,4
Baden-Württemberg	26.546	14,9	5.491,7	16,9	28.833	15,4	5.183,0	17,5
Bayern	36.050	20,3	6.066,8	18,7	42.420	22,6	5.635,2	19,0
Saarland	1.393	0,8	465,3	1,4	1.230	0,7	428,6	1,4
Berlin	5.646	3,2	630,6	1,9	5.488	2,9	547,0	1,8
Brandenburg	7.295	4,1	914,4	2,8	6.781	3,6	819,6	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.858	2,7	533,3	1,6	4.687	2,5	463,5	1,6
Sachsen	5.532	3,1	1.264,5	3,9	5.621	3,0	1.142,5	3,9
Sachsen-Anhalt	2.566	1,4	753,0	2,3	1.788	1,0	651,8	2,2
Thüringen	3.269	1,8	771,4	2,4	2.779	1,5	701,0	2,4
Deutschland	**177.939**	**100,0**	**32.423,7**	**99,9**	**187.667**	**100,1**	**29.589,0**	**99,9**

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

Tabelle 3:
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]	
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
a) In Westdeutschland[2]				
2001	2.767.940	+ 2,7	63.190,3	+ 2,6
2002	2.847.214	+ 2,9	67.272,6	+ 6,5
2003	3.826.734	+ 34,4	89.509,2	+ 33,1
2004	3.318.425	- 13,3	82.523,3	- 7,8
2005	3.068.924	- 7,5	81.099,1	- 1,7
2006	2.867.327	- 6,6	82.357,4	+ 1,6
2007	2.582.768	- 9,9	77.493,1	- 5,9
2008	2.915.707	+ 12,9	84.223,9	+ 8,7
2009	2.502.853	- 14,2	75.605,1	- 10,2
2010	2.580.885	+ 3,1	80.039,3	+ 5,9
b) In Ostdeutschland[2]				
2001	595.355	+ 6,0	11.700,4	+ 3,1
2002	619.133	+ 4,0	12.221,9	+ 4,5
2003	823.423	+ 33,0	15.842,2	+ 29,6
2004	695.310	- 15,6	13.697,5	- 13,5
2005	641.782	- 7,7	12.991,5	- 5,2
2006	601.714	- 6,2	12.650,5	- 2,6
2007	524.417	- 12,8	11.698,3	- 7,5
2008	612.154	+ 16,7	13.137,2	+ 12,3
2009	508.696	- 16,9	11.690,9	- 11,0
2010	511.600	+ 0,6	12.134,3	+ 3,8
c) In Deutschland insgesamt[3]				
2001	3.380.055	+ 3,3	75.620,4	+ 2,8
2002	3.485.234	+ 3,1	80.422,3	+ 6,4
2003	4.671.181	+ 34,0	106.458,4	+ 32,4
2004	4.035.097	- 13,6	97.361,4	- 8,5
2005	3.733.856	- 7,5	95.420,2	- 2,0
2006	3.492.059	- 6,5	96.383,4	+ 1,0
2007	3.128.851	- 10,4	90.442,2	- 6,2
2008	3.549.190	+ 13,4	98.612,1	+ 9,0
2009	3.031.316	- 14,6	88.481,6	- 10,3
2010	3.113.057	+ 2,7	93.366,9	+ 5,5

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 4:
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2001	24.694.542	505.771,9	7.892.227	160.274,6	32.586.769	666.046,5
2002	24.909.136	523.087,4	7.513.089	154.896,5	32.422.225	677.983,8[1]
2003	26.100.320	560.445,5	6.902.958	143.579,7	33.003.278	704.025,2
2004	26.826.617	589.792,7	6.299.203	133.245,8	33.125.820	723.038,5
2005	27.120.072	613.208,1	5.543.257	118.058,9	32.663.329	731.267,0
2006	26.976.775	629.966,9	4.962.957	108.496,5	31.939.732	738.463,4
2007	26.431.481	637.549,4	4.627.061	105.838,9	31.058.542	743.388,3
2008	26.050.335	646.269,5	4.470.267	107.675,1	30.520.602	753.944,6
2009	25.879.006	657.745,5	4.230.794	105.700,2	30.109.800	763.445,7
2010	26.042.228	679.687,2	3.940.697	100.933,6	29.982.925	780.620,8

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 5:
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Spargeldeingänge[1]		Zins- und Tilgungseingänge		Wohnungsbauprämien		Geldeingänge insgesamt	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2001	21.589,5	- 1,0	14.452,0	+ 0,5	515,6	+ 10,6	36.557,1	- 0,3
2002	22.926,5	+ 6,2	13.944,7	- 3,5	508,7	- 1,3	37.379,8[2]	+ 2,3
2003	26.063,7	+ 13,7	14.455,0	+ 3,7	653,1	+ 28,4	41.171,8	+ 10,1
2004	25.775,9	- 1,1	13.288,5	- 8,1	621,9	- 4,8	39.686,3	- 3,6
2005	26.171,2	+ 1,5	13.677,4	+ 2,9	517,3	- 16,8	40.365,9	+ 1,7
2006	25.476,1	- 2,7	11.458,5	- 16,2	516,2	- 0,2	37.450,8	- 7,2
2007	24.386,9	- 4,3	10.388,1	- 9,3	468,9	- 9,2	35.244,0[2]	- 5,9
2008	23.997,2	- 1,6	10.195,6	- 1,9	479,5	+ 2,2	34.672,4[2]	- 1,6
2009	25.258,6	+ 5,3	11.443,8	+ 12,2	455,5	- 5,0	37.157,9	+ 7,2
2010	27.548,0	+ 9,1	11.830,5	+ 3,4	546,3	+ 19,9	39.924,8	+ 7,4

1) Ohne Zinsgutschriften.
2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 6:
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€)
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
a) In Westdeutschland[2]					
2001	1.723.949	+ 1,0	40.779,9	+ 2,1	23.655
2002	1.758.805	+ 2,0	42.939,8	+ 5,3	24.414
2003	2.355.051	+ 33,9	57.257,6	+ 33,3	24.313
2004	2.011.103	- 14,6	52.246,1	- 8,8	25.979
2005	1.823.118	- 9,3	50.432,0	- 3,5	27.663
2006	1.707.059	- 6,4	51.148,7	+ 1,4	29.963
2007	1.487.675	- 12,9	47.709,2	- 6,7	32.070
2008	1.694.817	+ 13,9	52.942,9	+ 11,0	31.238
2009	1.480.077	- 12,7	46.855,1	- 11,5	31.657
2010	1.504.160	+ 1,6	49.386,2	+ 5,4	32.833
b) In Ostdeutschland[2]					
2001	381.151	- 0,3	8.274,4	- 1,1	21.709
2002	391.324	+ 2,7	8.494,5	+ 2,7	21.707
2003	523.415	+ 33,8	10.981,3	+ 29,3	20.980
2004	426.083	- 18,6	9.333,1	- 15,0	21.905
2005	388.175	- 8,9	8.765,8	- 6,1	22.582
2006	366.450	- 5,6	8.600,7	- 1,9	23.470
2007	314.852	- 14,1	7.868,2	- 8,5	24.990
2008	359.372	+ 14,1	8.640,1	+ 9,8	24.042
2009	314.757	- 12,4	7.949,0	- 8,0	25.254
2010	316.441	+ 0,5	8.157,8	+ 2,6	25.780
c) In Deutschland insgesamt[3]					
2001	2.121.860	+ 0,8	49.784,1	+ 1,8	23.462
2002	2.169.016	+ 2,2	52.362,1	+ 5,2	24.141
2003	2.899.490	+ 33,7	69.345,9	+ 32,4	23.917
2004	2.458.548	- 15,2	62.720,0	- 9,6	25.511
2005	2.234.443	- 9,1	60.527,5	- 3,5	27.088
2006	2.096.527	- 6,2	61.124,9	+ 1,0	29.155
2007	1.824.193	- 13,0	56.828,2	- 7,0	31.153
2008	2.075.518	+ 13,8	62.833,9	+ 10,6	30.274
2009	1.814.601	- 12,6	55.989,6	- 10,9	30.855
2010	1.841.173	+ 1,5	58.737,3	+ 4,9	31.902

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 7:
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2010

Monat	Eingelöste Bausparverträge			Spargeldeingang[2]	
	Anzahl	Bausparsummen[1]			
		Mio. €	%	Mio. €	%
Januar	134.955	4.358,3	7,4	1.442,2	7,9
Februar	138.056	4.399,2	7,5	1.425,4	7,9
März	156.918	5.027,0	8,6	1.749,0	9,6
April	148.025	4.641,3	7,9	1.436,8	7,9
Mai	151.228	4.634,5	7,9	1.403,3	7,7
Juni	151.415	4.895,1	8,3	1.537,2	8,5
Juli	151.158	4.892,1	8,3	1.424,9	7,9
August	148.339	4.723,5	8,0	1.411,2	7,8
September	148.110	4.738,8	8,1	1.504,3	8,3
Oktober	149.997	4.814,9	8,2	1.401,2	7,7
November	163.739	5.161,6	8,8	1.539,5	8,5
Dezember	199.233	6.451,0	11,0	1.872,2	10,3
Summe	**1.841.173**	**58.737,3**	**100,0**	**18.147,2**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 8:
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2010

Berufsgruppe	Eingelöste Bausparverträge					Darlehensnehmer	
	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€)	Anzahl	
	absolut	%	Mio. €	%		absolut	%
Arbeiter[2]	325.716	17,7	10.047,2	17,1	30.847	68.769	20,2
Angestellte	769.835	41,8	25.444,1	43,3	33.051	155.019	45,6
Beamte	145.943	7,9	4.239,5	7,2	29.049	29.579	8,7
Rentner und Pensionäre	192.567	10,5	5.149,2	8,8	26.740	44.728	13,2
Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie	44.103	2,4	2.515,9	4,3	57.046	16.342	4,8
Land- und Forstwirte	6.608	0,4	352,9	0,6	53.402	1.512	0,4
Freie Berufe	12.055	0,7	813,4	1,4	67.473	3.271	1,0
Juristische Personen	2.052	0,1	865,7	1,5	421.865	384	0,1
Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen	321.718	17,5	8.116,2	13,8	25.228	20.361	6,0
Bausparer mit Sitz im Ausland[3]	20.576	1,1	1.193,2	2,0	57.992	---	---
Insgesamt	**1.841.173**	**100,1**	**58.737,3**	**100,0**	**31.902**	**339.965**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

Tabelle 9:
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2010

Alter der Bausparer (31.12.)	Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%)					
	Anzahl			Bausparsumme[1]		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
unter 20 Jahre	9,0	8,8	8,8	5,9	5,6	5,1
20 bis unter 30 Jahre	16,7	17,9	17,4	17,4	17,0	16,4
30 bis unter 40 Jahre	16,5	17,8	17,4	21,0	21,7	21,6
40 bis unter 50 Jahre	22,7	23,1	22,6	25,6	26,2	25,7
50 bis unter 60 Jahre	18,1	18,1	18,3	17,0	17,4	17,6
60 Jahre und mehr	17,1	14,2	15,5	13,2	12,1	13,5
Insgesamt	**100,1**	**99,9**	**100,0**	**100,1**	**100,0**	**99,9**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 10:
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2001	16.358.571	342.240,6	5.039.696	106.010,5	21.398.267	448.251,1
2002	16.459.452	353.061,4	4.764.921	101.680,2	21.224.373	454.741,5[1]
2003	17.140.733	377.115,1	4.346.986	93.469,0	21.487.719	470.584,1
2004	17.500.114	395.669,6	3.929.521	85.823,9	21.429.635	481.493,5
2005	17.663.104	410.721,1	3.444.272	75.318,5	21.107.376	486.039,5[1]
2006	17.456.398	420.629,9	3.082.809	69.205,8	20.539.207	489.835,8[1]
2007	16.984.832	424.334,5	2.890.597	67.788,2	19.875.429	492.122,7
2008	16.601.464	428.611,5	2.822.139	69.508,5	19.423.603	498.120,0
2009	16.467.801	435.860,3	2.689.623	68.339,6	19.157.424	504.199,9
2010	16.556.970	450.348,6	2.531.724	65.702,0	19.088.694	516.050,6

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11:
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Bauspareinlagen (Mio. €)	Nicht zugeteilte Bausparverträge			Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag	
		Anzahl	Bauspar-summen (Mio. €)	Durchschnittliche Bausparsumme (€)	€	% der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag
2001	66.622,1	16.358.571	342.240,6	20.921	4.073	19,5
2002	69.222,8	16.459.452	353.061,4	21.450	4.206	19,6
2003	73.587,8	17.140.733	377.115,1	22.001	4.293	19,5
2004	77.817,8	17.500.114	395.669,6	22.610	4.447	19,7
2005	82.341,6	17.663.104	410.721,1	23.253	4.662	20,0
2006	84.364,4	17.456.398	420.629,9	24.096	4.833	20,1
2007	83.610,2	16.984.832	424.334,5	24.983	4.923	19,7
2008	80.001,1	16.601.464	428.611,5	25.818	4.819	18,7
2009	82.248,4	16.467.801	435.860,3	26.467	4.994	18,9
2010	87.802,0	16.556.970	450.348,6	27.200	5.303	19,5

Tabelle 12:
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2010

Größenklassen (€)	Anzahl		Bausparsummen		
	absolut	%	Mio. €	%	Durchschnitt (€)
bis 10.000	5.387.434	32,5	44.837,8	10,0	8.323
über 10.000 - 25.000	6.132.812	37,0	106.658,0	23,7	17.391
über 25.000 - 150.000	4.867.401	29,4	260.329,4	57,8	53.484
über 150.000 - 500.000	165.929	1,0	35.131,0	7,8	211.723
über 500.000	3.394	0,0	3.392,4	0,8	999.528
Insgesamt	**16.556.970**	**99,9**	**450.348,6**	**100,1**	**27.200**

Tabelle 13:
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Spargeldeingänge[1]			Zins- und Tilgungseingänge			Wohnungsbauprämien-Eingänge[2]				Geldeingänge insges.	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	in % der Spargeldeingänge[3] d. Vorjahres	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2001	14.518,7	- 2,1	58,4	9.996,9	+ 0,1	40,2	344,9	+ 15,0	1,4	2,1	24.860,5	- 1,0
2002	15.456,2	+ 6,5	61,1	9.526,4	- 4,7	37,6	334,2	- 3,1	1,3	2,0	25.316,9[4]	+ 1,8
2003	17.667,4	+ 14,3	63,4	9.804,6	+ 2,9	35,2	390,3	+ 16,8	1,4	2,3	27.862,3	+ 10,1
2004	17.090,3	- 3,3	64,6	8.985,4	- 8,4	34,0	369,1	- 5,4	1,4	1,9	26.444,8	- 5,1
2005	16.967,2	- 0,7	64,2	9.131,6	+ 1,6	34,6	326,9	- 11,4	1,2	1,7	26.425,7	- 0,1
2006	16.432,1	- 3,2	67,3	7.647,6	- 16,3	31,3	337,7	+ 3,3	1,4	1,8	24.417,3[4]	- 7,6
2007	15.526,2	- 5,5	67,9	7.026,5	- 8,1	30,7	302,5	- 10,4	1,3	1,6	22.855,2	- 6,4
2008	15.459,9	- 0,4	68,2	6.904,8	- 1,7	30,5	304,4	+ 0,6	1,3	1,7	22.669,1	- 0,8
2009	16.300,6	+ 5,4	66,9	7.785,8	+ 12,8	31,9	285,6	- 6,2	1,2	1,7	24.372,0	+ 7,5
2010	18.147,2	+ 11,3	68,7	7.939,6	+ 2,0	30,0	334,6	+ 17,2	1,3	1,9	26.421,4	+ 8,4

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Für Antragsbewilligungen aus dem jeweiligen Jahr und Vorjahren.

3) Einschließlich Zinsgutschriften.

4) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 14:
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €)	Spargeldeingänge[2] (Mio. €)	Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes
2001	338.049,9	14.518,7	4,3
2002	346.451,7	15.456,2	4,5
2003	363.254,0	17.667,4	4,9
2004	387.052,5	17.090,3	4,4
2005	402.511,0	16.967,2	4,2
2006	417.555,4	16.432,1	3,9
2007	422.120,3	15.526,2	3,7
2008	424.269,4	15.459,9	3,6
2009	430.954,1	16.300,6	3,8
2010	442.353,9	18.147,2	4,1

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 15:
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Tilgungsbeträge		Zins- und Tilgungsleistungen		Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%)
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
2001	7.597,5	- 4,9	9.996,9	+ 0,1	76,0
2002	7.328,1	- 3,5	9.526,4	- 4,7	76,9
2003	7.611,6	+ 3,9	9.804,6	+ 2,9	77,6
2004	7.233,4	- 5,0	8.985,4	- 8,4	80,5
2005	7.240,1	+ 0,1	9.131,6	+ 1,6	79,3
2006	6.061,6	- 16,3	7.647,6	- 16,3	79,3
2007	5.390,6	- 11,1	7.026,5	- 8,1	76,7
2008	5.422,6	+ 0,6	6.904,8	- 1,7	78,5
2009	5.977,5	+ 10,2	7.785,8	+ 12,8	76,8
2010	6.223,4	+ 4,1	7.939,6	+ 2,0	78,4

Tabelle 16:
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende	Anzahl der bewilligten WoP-Anträge	Bewilligte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres	Ermittelte WoP[1] für Bausparkonten (Mio. €)	Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€)
2001	16.358.571	5.486.071	33,3	309,7	56
2002	16.459.452	5.392.333	33,0	302,7	56
2003	17.140.733	5.237.369	31,8	308,2	59
2004	17.500.114	5.606.322	32,7	311,1	55
2005	17.663.104	5.343.429	30,5	274,2	51
2006	17.456.398	5.286.053	29,9	265,4	50
2007	16.984.832	5.199.116	29,8	259,8	50
2008	16.601.464	5.051.051	29,7	249,2	49
2009	16.467.801	4.734.220	28,5	227,7	48
2010	16.556.970	4.626.231	28,1	229,5	50

1) Für bewilligte WoP-Anträge des jeweiligen Jahres.

Tabelle 17:
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahr	Neuzusagen[1]		Auszahlungen[1] insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung an Bauspareinlagen		Auszahlungen[2] nach Zuteilung an Bauspardarlehen		Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €
2001	27.890,5	+ 0,1	26.403,2[3]	- 3,6	15.281,8	- 1,6	10.713,1	- 0,5	4.568,7	- 4,1	9.340,5	- 7,2	1.780,8
2002	26.263,8	- 5,8	24.821,1[3]	- 6,0	12.898,6[3]	- 15,6	9.132,6	- 14,8	3.765,9	- 17,6	9.810,3	+ 5,0	2.112,2
2003	29.051,8	+ 10,6	26.814,3	+ 8,0	12.084,9	- 6,3	9.234,7	+ 1,1	2.850,2	- 24,3	12.304,4	+ 25,4	2.425,0
2004	24.266,6	- 16,5	24.211,5	- 9,7	11.094,0	- 8,2	8.620,3	- 6,7	2.473,7	- 13,2	10.949,9	- 11,0	2.167,6
2005	23.827,5	- 1,8	21.881,6	- 9,6	10.064,3	- 9,3	8.247,3	- 4,3	1.817,0	- 26,5	9.968,3	- 9,0	1.849,0
2006	24.633,1	+ 3,4	23.416,2	+ 7,0	11.773,5	+ 17,0	9.783,6	+ 18,6	1.989,9	+ 9,5	9.695,6	- 2,7	1.947,1
2007	26.838,4	+ 9,0	26.030,1	+ 11,2	14.281,0	+ 21,3	11.596,3	+ 18,5	2.684,7	+ 34,9	9.964,9	+ 2,8	1.784,2
2008	30.676,3	+ 14,3	30.848,6	+ 18,5	18.017,4	+ 26,2	14.377,2	+ 24,0	3.640,2	+ 35,6	10.530,8	+ 5,7	2.300,4
2009	27.022,8	- 11,9	23.991,5	- 22,2	12.570,4	- 30,2	9.546,5	- 33,6	3.023,9	- 16,9	9.322,3	- 11,5	2.098,8
2010	24.622,2	- 8,9	21.633,5[3]	- 9,8	10.603,6	- 15,6	8.411,4	- 11,9	2.192,2	- 27,5	9.236,9	- 0,9	1.793,1

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 18:
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2010

Bundesland	Eingelöste Neuabschlüsse					
	Anzahl		Bausparsummen[1]			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	Durchschnitt (€)
Schleswig-Holstein	63.065	- 0,4	1.965,8	+ 2,9	3,4	31.172
Hamburg	24.827	- 6,5	852,1	+ 0,0	1,5	34.321
Niedersachsen	179.460	+ 1,9	5.417,9	+ 5,7	9,4	30.190
Bremen	11.415	- 3,7	345,8	+ 0,8	0,6	30.292
Nordrhein-Westfalen	342.617	+ 0,3	10.616,4	+ 4,6	18,4	30.986
Hessen	145.538	+ 3,6	4.650,6	+ 7,0	8,1	31.955
Rheinland-Pfalz	109.780	- 0,3	3.549,8	+ 5,2	6,2	32.336
Baden-Württemberg	292.394	+ 6,7	10.455,5	+ 9,2	18,2	35.758
Bayern	307.974	- 0,4	10.707,6	+ 3,2	18,6	34.768
Saarland	27.090	+ 0,5	824,7	+ 2,3	1,4	30.442
Berlin	41.502	- 1,4	1.212,4	+ 3,4	2,1	29.213
Brandenburg	49.633	- 0,5	1.351,3	+ 1,9	2,3	27.225
Mecklenburg-Vorpommern	34.693	+ 3,6	893,8	+ 5,4	1,6	25.764
Sachsen	83.877	+ 0,3	2.031,6	+ 2,4	3,5	24.221
Sachsen-Anhalt	51.057	- 1,0	1.235,1	+ 0,1	2,1	24.191
Thüringen	55.679	+ 3,0	1.433,6	+ 3,6	2,5	25.747
Deutschland	**1.820.601**	**+ 1,4**	**57.544,0**	**+ 5,0**	**99,9**	**31.607**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 19:
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2010

Bundesland	Vertragsbestände am Jahresende					
	Anzahl		Bausparsummen			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)
Schleswig-Holstein	641.251	- 1,1	17.313,8	+ 2,0	3,4	6.110
Hamburg	223.465	+ 1,0	5.902,7	+ 4,2	1,2	3.309
Niedersachsen	1.896.513	- 0,0	48.124,4	+ 2,5	9,5	6.074
Bremen	106.972	- 0,4	2.576,8	+ 3,3	0,5	3.905
Nordrhein-Westfalen	3.385.123	+ 0,3	88.990,1	+ 3,0	17,6	4.986
Hessen	1.516.080	- 0,0	41.014,8	+ 2,9	8,1	6.760
Rheinland-Pfalz	1.112.357	- 1,1	30.085,5	+ 2,2	5,9	7.510
Baden-Württemberg	3.102.579	+ 0,3	91.410,1	+ 3,3	18,1	8.499
Bayern	3.413.259	+ 0,2	99.099,0	+ 2,8	19,6	7.908
Saarland	271.657	- 2,5	7.088,8	+ 0,9	1,4	6.957
Berlin	407.239	- 3,1	10.256,2	- 0,8	2,0	2.972
Brandenburg	540.800	- 4,0	13.690,8	- 1,3	2,7	5.463
Mecklenburg-Vorpommern	343.002	- 0,0	7.703,9	- 0,3	1,5	4.687
Sachsen	882.841	- 2,7	19.698,3	- 0,2	3,9	4.745
Sachsen-Anhalt	498.145	- 1,3	10.956,2	- 1,2	2,2	4.683
Thüringen	545.236	- 1,7	12.024,8	- 0,0	2,4	5.374
Deutschland	**18.886.519**	**- 0,4**	**505.936,3**[2]	**+ 2,3**	**100,0**	**6.188**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2010. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 20:
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2010

Bundesland	Eingänge an						
	Spargeldern[1]				Zins- u. Tilgungszahlungen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[2] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	576,3	+ 8,6	3,2	203	318,0	- 1,2	4,1
Hamburg	243,3	+ 8,2	1,3	136	75,2	+ 3,4	1,0
Niedersachsen	1.672,8	+ 12,0	9,2	211	814,5	+ 1,1	10,4
Bremen	107,4	+ 8,5	0,6	163	40,7	- 0,2	0,5
Nordrhein-Westfalen	3.004,9	+ 11,2	16,6	168	1.298,0	+ 1,0	16,5
Hessen	1.461,9	+ 12,2	8,1	241	665,9	+ 2,7	8,5
Rheinland-Pfalz	1.178,6	+ 13,7	6,5	294	536,0	+ 2,2	6,8
Baden-Württemberg	3.199,0	+ 14,1	17,7	297	1.280,6	+ 3,4	16,3
Bayern	3.736,3	+ 12,6	20,6	298	1.309,4	+ 5,2	16,7
Saarland	255,8	+ 6,1	1,4	251	148,0	+ 0,2	1,9
Berlin	392,5	+ 6,2	2,2	114	138,8	- 0,9	1,8
Brandenburg	468,5	+ 5,9	2,6	187	252,2	- 1,2	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	275,6	+ 8,7	1,5	168	162,7	- 2,4	2,1
Sachsen	733,3	+ 10,3	4,0	177	365,0	- 0,5	4,6
Sachsen-Anhalt	379,0	+ 6,3	2,1	162	215,9	- 3,4	2,8
Thüringen	438,4	+ 10,5	2,4	196	229,7	+ 0,7	2,9
Deutschland	**18.123,6**	**+ 11,6**	**100,0**	**222**	**7.850,6**	**+ 1,8**	**100,1**

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2010. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 21:
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2010

Bundesland	Bestände am Jahresende an						
	Bauspareinlagen				Baudarlehen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	2.707,1	+ 4,9	3,1	955	4.111,0	+ 1,2	4,9
Hamburg	1.041,0	+ 6,6	1,2	584	1.087,8	+ 1,7	1,3
Niedersachsen	7.883,6	+ 6,5	9,2	995	8.917,0	+ 1,4	10,5
Bremen	473,8	+ 6,5	0,5	718	464,2	+ 2,0	0,5
Nordrhein-Westfalen	14.324,5	+ 7,4	16,6	803	15.906,5	+ 1,8	18,8
Hessen	7.024,5	+ 6,8	8,2	1.158	7.871,7	+ 1,2	9,3
Rheinland-Pfalz	5.164,2	+ 6,2	6,0	1.289	5.704,8	+ 0,1	6,7
Baden-Württemberg	15.568,1	+ 7,7	18,1	1.448	11.009,2	+ 1,5	13,0
Bayern	18.183,0	+ 7,8	21,1	1.451	11.941,1	+ 1,9	14,1
Saarland	1.181,5	+ 3,4	1,4	1.160	1.335,0	- 1,5	1,6
Berlin	1.858,7	+ 3,5	2,2	539	1.968,0	- 1,0	2,3
Brandenburg	2.209,0	+ 3,3	2,6	881	3.495,5	- 1,4	4,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.233,9	+ 4,9	1,4	751	1.743,9	+ 2,9	2,1
Sachsen	3.546,3	+ 5,3	4,1	854	3.988,0	- 0,7	4,7
Sachsen-Anhalt	1.748,5	+ 3,3	2,0	747	2.601,8	- 0,8	3,1
Thüringen	2.008,2	+ 4,9	2,3	898	2.451,0	- 0,2	2,9
Deutschland	**86.155,9**	**+ 6,7**	**100,0**	**1.054**	**84.596,4[2]**	**+ 1,0**	**99,9**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2010. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 22:
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2010

	2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AUFWENDUNGEN												
Verwaltungskosten												
- Personelle Aufwendungen	1.746,4	23,1	1.815,8	23,4	1.649,6	22,7	1.808,0	24,2	1.577,0	22,6	1.637,6	23,0
- Sach- und allgemeine Aufwendungen	895,0	11,9	788,9	10,2	847,9	11,7	808,1	10,8	797,1	11,4	887,4	12,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen												
- auf Baudarlehen	477,0	6,3	451,6	5,8	417,2	5,7	519,0	7,0	267,8	3,8	227,1	3,2
- Sonstige	34,3	0,5	129,0	1,7	78,5	1,1	36,7	0,5	29,9	0,4	78,4	1,1
Zinsen												
- auf Bauspareinlagen	2.306,2	30,5	2.565,4	33,1	2.278,2	31,3	2.239,6	30,0	2.023,5	29,0	2.106,1	29,6
- Sonstige	1.319,9	17,5	1.297,7	16,7	1.349,1	18,6	1.476,5	19,8	1.449,5	20,7	1.368,2	19,2
Steuern und öffentliche Abgaben	243,3	3,2	133,6	1,7	185,4	2,5	174,3	2,3	173,9	2,5	247,3	3,5
Alle übrigen Aufwendungen	372,6	4,9	556,0	7,2	382,8	5,3	346,1	4,6	525,7	7,5	486,4	6,8
Jahresüberschuss	155,2	2,1	12,5	0,2	83,1	1,1	55,9	0,7	144,2	2,1	76,7	1,1
Gesamtbetrag	**7.550,1**[1]	**100,0**	**7.750,4**[1]	**100,0**	**7.271,8**	**100,0**	**7.464,2**	**99,9**	**6.988,5**[1]	**100,0**	**7.115,2**	**100,0**
ERTRÄGE												
Gebühren der Bausparer												
- für Vertragsabschluss und -vermittlung	620,6	8,2	575,0	7,4	580,0	8,0	673,5	9,0	558,9	8,0	617,1	8,7
- für Darlehensregelung nach Zuteilung	101,1	1,3	84,7	1,1	74,4	1,0	66,2	0,9	59,7	0,9	52,5	0,7
- Sonstige	410,5	5,4	390,3	5,0	363,3	5,0	357,5	4,8	333,6	4,8	336,1	4,7
Zinsen												
- aus Baudarlehen	4.053,5	53,7	3.840,1	49,5	3.912,3	53,8	4.049,5	54,3	4.115,7	58,9	4.117,8	57,9
- Sonstige	1.774,7	23,5	1.857,1	24,0	1.856,6	25,5	1.682,3	22,5	1.416,7	20,3	1.382,5	19,4
Alle übrigen Erträge	589,8	7,8	1.003,3	12,9	485,1	6,7	635,0	8,5	504,0	7,2	609,2	8,6
Gesamtbetrag	**7.550,1**[1]	**99,9**	**7.750,4**[1]	**99,9**	**7.271,8**[1]	**100,0**	**7.464,2**[1]	**100,0**	**6.988,5**[1]	**100,1**	**7.115,2**	**100,0**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23:
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2010

	31.12.2005		31.12.2006		31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2010	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AKTIVA												
- Bauspardarlehen	(18.847,4)		(17.375,5)		(17.596,3)		(18.906,3)		(18.905,9)		(18.091,1)	
- Zwischenkredite	(49.509,0)		(52.621,1)		(55.100,5)		(57.329,4)		(59.674,7)		(61.067,4)	
- Sonst. Baudarlehen	(8.700,9)		(9.260,9)		(9.400,6)		(9.606,4)		(10.091,4)		(10.346,3)	
Baudarlehen	77.057,3	54,6	79.257,6	55,8	82.097,4	59,5	85.842,1	62,4	88.672,0	62,4	89.504,8	61,7
Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen)	27.091,8	19,2	26.909,5	19,0	24.688,6	17,9	21.748,4	15,8	18.322,6	12,9	23.207,5	16,0
Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel	18.862,0	13,4	17.681,1	12,5	15.006,8	10,9	15.849,0	11,5	22.632,1	15,9	20.876,7	14,4
Sonstige Aktiva	18.169,5	12,9	18.083,2	12,7	16.181,8	11,7	14.029,4	10,2	12.516,2	8,8	11.453,7	7,9
Bilanzsumme	**141.180,5**[1]	**100,1**	**141.931,4**[1]	**100,0**	**137.974,5**[1]	**100,0**	**137.468,8**[1]	**99,9**	**142.142,9**	**100,0**	**145.042,8**[1]	**100,0**
PASSIVA												
Bauspareinlagen	82.341,6	58,3	84.364,4	59,4	83.610,2	60,6	80.001,1	58,2	82.248,4	57,9	87.802,0	60,5
Spareinlagen	363,5	0,3	353,8	0,2	328,0	0,2	290,2	0,2	324,0	0,2	349,3	0,2
Schuldverschreibungen	5.503,2	3,9	3.528,1	2,5	6.483,7	4,7	7.444,9	5,4	6.215,2	4,4	5.327,8	3,7
Aufgenommene Fremdgelder	25.856,9	18,3	27.229,8	19,2	22.647,3	16,4	26.813,0	19,5	31.264,8	22,0	33.261,5	22,9
Rückstellungen, Wertberichtigungen	3.467,0	2,5	3.947,4	2,8	4.152,0	3,0	4.284,8	3,1	4.662,5	3,3	4.854,3	3,3
- gezeichnetes Kapital	(943,3)		(943,3)		(943,3)		(943,3)		(952,7)		(952,7)	
- Offene Rücklagen u.a.	(3.635,7)		(3.662,2)		(3.602,6)		(3.596,4)		(3.631,4)		(3.653,6)	
Eigenkapital	4.579,0	3,2	4.605,5	3,2	4.545,9	3,3	4.539,7	3,3	4.584,0	3,2	4.606,3	3,2
Sonstige Passiva	19.069,5	13,5	17.902,4	12,6	16.207,4	11,7	14.095,2	10,3	12.843,9	9,0	8.841,6	6,1
Bilanzsumme	**141.180,5**[1]	**100,0**	**141.931,4**	**99,9**	**137.974,5**	**99,9**	**137.468,8**[1]	**100,0**	**142.142,9**[1]	**100,0**	**145.042,8**	**99,9**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24:
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2001 bis 2010

Jahresende	Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1]	Bilanzsumme		Anzahl der gesamten Bausparverträge	
		(Mio. €)	im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €)		im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter
2001	13.234	114.151,5	8,625	21.398.267	1.617
2002	12.214	117.217,4	9,597	21.224.373	1.738
2003	11.533	124.460,4	10,792	21.491.820	1.864
2004	11.123	134.643,4	12,105	21.429.635	1.927
2005	10.814	141.190,2	13,056	21.107.376	1.952
2006	9.403[2]	141.931,4	15,094	20.539.207	2.184
2007	8.528	137.974,5	16,179	19.875.429	2.331
2008	7.998	137.468,8	17,188	19.423.603	2.429
2009	7.316	142.142,9	19,429	19.157.424	2.619
2010	7.183	145.042,8	20,193	19.088.694	2.657

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf die sozialverträgliche Verschlankung des Personalbestandes einer Bausparkasse im Zuge ihrer Integration in einen Konzern zurückzuführen.

Verzeichnis der privaten Bausparkassen

Aachener Bausparkasse AG
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

Allianz Dresdner Bauspar AG
Am Sonnenplatz 1
61116 Bad Vilbel
(bis 30.09.2010)

ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
Alte-Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

Bausparkasse Mainz AG
Kantstraße 1
55122 Mainz

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

BSQ Bauspar AG
Kunigundenstr. 71
90439 Nürnberg

Debeka Bausparkasse AG
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

Deutsche Bank Bauspar AG
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

Deutsche Bausparkasse Badenia AG
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

Deutscher Ring Bausparkasse AG
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

HUK-COBURG-Bausparkasse AG
Willi-Hussong-Straße 2
96445 Coburg

SIGNAL IDUNA Bauspar AG
Kapstadtring 5
22297 Hamburg

Wüstenrot Bausparkasse AG
Hohenzollernstraße 46
71630 Ludwigsburg

Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Ehrenvorsitzender

Direktor Walter Englert †,
Ludwigsburg
(bis 02.08.2011)

Verbandsvorstand

Vorsitzender:
Andreas J. Zehnder,
Berlin
(Hauptgeschäftsführer)

Direktor Hans-Joachim Gasda,
Hameln

Direktor Michael Hoffelder,
Frankfurt am Main

Direktor Matthias Lechner,
Ludwigsburg

Direktor Erhard Steffen,
Schwäbisch Hall

Direktor Peter Ulrich,
Mainz

Verbandsgeschäftsstelle

Abteilung Grundsatzfragen:
Dr. Matthias Müller
(bis 30.11.2010)
Dr. Juri Schudrowitz
(ab 01.03.2011)

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Recht und Steuern:
Christian König-Tumpiya
(Verbandssyndikus)

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Beleihungsfragen und
Kundenbeschwerdestelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Anja Gruhn

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Fotografie:
Christoph Papsch Photographie, Bonn

Druck:
in puncto druck+medien GmbH

Wir bedanken uns bei den Handwerksbetrieben:
e.-line GmbH & Co
Kessel GmbH
Kölner Meisterfenster
Malerbetrieb Euskirchen